



Parliamentary Assembly
Assemblée parlementaire

<http://assembly.coe.int>

COUNCIL OF EUROPE



CONSEIL DE L'EUROPE

Dok. 13993

2. März 2016

Anwendung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

**Zweijahresbericht
des Generalsekretärs des Europarats an die Parlamentarische Versammlung**

Mitteilung
Generalsekretär

Inhalt

Einleitung	3
I. Anwendung der Charta in den Vertragsstaaten	3
II. Unterstützung von Staaten bei der Vorbereitung der Ratifizierung der Charta.....	6
1. Staaten, die sich bei ihrem Europaratbeitritt zur Ratifizierung der Charta verpflichtet haben.....	7
1.1 Albanien	8
1.2 Aserbaidschan	8
1.3 Georgien.....	8
1.4 Republik Moldau	8
1.5 Russische Föderation.....	9
1.6 „Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“	9
2. Andere Nichtvertragsstaaten der Charta.....	9
2.1 Weißrussland.....	9
2.2 Frankreich.....	9
2.3 Italien	10
2.4 Litauen.....	10
III. Krisenreaktionsfähigkeit.....	10
IV. Zusammenarbeit	11
1. Zusammenarbeit mit verwandten Überwachungsgremien im Europarat.....	11
2. Förderung und Verwendung von Regional- und Minderheitensprachen in anderen Tätigkeiten des Europarats.....	12
3. Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen und Einrichtungen	13
Ausblick	13
Anhang 1: Unterzeichnungen und Ratifizierungen der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen	14
Anhang 2: Vertragsstaaten der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen und ihre Regional- oder Minderheitensprachen	16
Anhang 3: Von der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen geschützte Sprachen	21
Anhang 4: Erklärung des Sachverständigenausschusses der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen zur Lage in der Ukraine (16. Mai 2014).....	26
Anhang 5: Regionale und kommunale Gebietskörperschaften in Frankreich, die Bestimmungen der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen angenommen haben.....	27
Anhang 6: Entwurf der Ratifizierungsurkunde Georgiens für die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen	28
Anhang 7: Entwurf der Ratifizierungsurkunde/des Ratifizierungsgesetzes der Republik Moldau für die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen	37
Anhang 8: Sachverständigenvorschlag eines Entwurfs der Ratifizierungsurkunde der Russischen Föderation für die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen	44
Anhang 9: Erklärung des Sachverständigenausschusses der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen am 5. November 2015 anlässlich des Welttages der Romasprache	47
Anhang 10: Stellungnahme des Sachverständigenausschusses der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen zu Empfehlung 2040 (2014) der Parlamentarischen Versammlung	48

Einleitung

Die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen (SEV (Sammlung der Europaratsverträge) Nr. 148, nachfolgend „Charta“) ist das weltweit einzige rechtsverbindliche Instrument zum Schutz und zur Förderung herkömmlich verwendeter Regional- und Minderheitensprachen. Für den Erhalt der Regional- und Minderheitensprachen ist deren Verwendung in allen Bereichen des privaten und öffentlichen Lebens erforderlich. Aufbauend auf dem Grundsatz „Förderung durch Verwendung“ legt die Charta den Vertragsstaaten die Rechtspflicht zur Förderung und wirksamen Verwendung der Regional- und Minderheitensprachen in den Bereichen Bildung, Justizbehörden, Verwaltung und öffentliche Dienste, Medien, kulturelle Tätigkeiten und Einrichtungen, Wirtschafts- und Sozialleben und grenzüberschreitender Austausch auf. Die Anwendung der Charta wird von einem unabhängigen Sachverständigenausschuss überwacht.

Die Charta wurde am 5. November 1992 zur Unterzeichnung aufgelegt und trat am 1. März 1998 in Kraft. Bis heute wurde sie von folgenden 25 Staaten ratifiziert: Armenien, Österreich, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Zypern, Tschechische Republik, Dänemark, Finnland, Deutschland, Ungarn, Liechtenstein, Luxemburg, Montenegro, Niederlande, Polen, Rumänien, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Schweden, Schweiz, Ukraine und Vereinigtes Königreich. In diesen Staaten schützt und fördert die Charta 79 Sprachen, die von 203 nationalen Minderheiten/Sprachgruppen¹ verwendet werden. Weitere acht Staaten haben die Charta unterzeichnet.² Sechs Staaten verpflichteten sich bei ihrem Europaratbeitritt zur Ratifizierung, sind dieser Verpflichtung aber noch nicht nachgekommen (Albanien, Aserbaidschan, Georgien, Republik Moldau, Russische Föderation und „ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“).

Gemäß Artikel 16 (5) der Charta erstattet der Generalsekretär des Europarats der Parlamentarischen Versammlung alle zwei Jahre einen ausführlichen Bericht über die Anwendung der Charta. Dieser achte Zweijahresbericht umfasst die Jahre 2014 und 2015.³

Während dieses Zeitraums wurden im Rahmen der *Überwachung* der Anwendung der Charta neue günstige Auswirkungen der Charta auf die Rechtsstellung und die tatsächliche Lage der Regional- und Minderheitensprachen in Europa, aber auch fortdauernde Herausforderungen der Vertragsstaaten bei der Einhaltung des Vertrags (siehe Teil I) festgestellt. Mitgliedsstaaten erhielten *Unterstützung* bei der Anwendung der Charta (Teil I) und ihrer Ratifizierung (Teil II). Gleichzeitig stellte der Sachverständigenausschuss der Charta seine *Krisenreaktionsfähigkeit* in der Ukraine Krise (Teil III) unter Beweis und stimmte seine Arbeit eng mit anderen Überwachungsgremien ab (Teil IV).

I. Anwendung der Charta in den Vertragsstaaten

Mit dem Abschluss des sechsten Überwachungszeitraums in Bezug auf einige Staaten und dem Abhalten seiner 50. Sitzung vom 17. bis 20. März 2015 erreichte der Sachverständigenausschuss ein wichtiges Zwischenziel. Am 17. März 2015 fand anlässlich des Jahrestags eine Festveranstaltung statt, an der Vertreter der Europaratorgane (Ministerkomitee, Parlamentarische Versammlung, Kongress der Gemeinden und Regionen), Überwachungsgremien (Beratender Ausschuss des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten, Europäische Kommission gegen

¹ siehe Anhang 3

² Aserbaidschan, Frankreich, Island, Italien, Malta, Republik Moldau, Russische Föderation und „ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“, siehe Anhang 1

³ Der erste Zweijahresbericht wurde der Parlamentarischen Versammlung im Jahr 2000 vorgelegt (Dok. 8879), der zweite 2002 (Dok. 9540), der dritte 2005 (Dok. 10659), der vierte 2007 (Dok. 11442), der fünfte 2009 (Dok. 12300), der sechste 2011 (Dok. 12881) und der siebte 2014 (Dok. 13436). Diese Berichte sind in englischer, französischer, deutscher, italienischer und russischer Sprache verfügbar unter www.coe.int/minlang.

Rassismus und Intoleranz (EKRI)), Sachverständige, Charta-„Gründerväter“ und Kooperationspartner wie das Europäische Zentrum für Minderheitenfragen (ECMI) teilnahmen, um Bilanz zu ziehen und Tendenzen und Herausforderungen beim Schutz und der Förderung der Regional- und Minderheitensprachen in Europa aufzuzeigen. Zudem veröffentlichte das Sekretariat eine Bibliografie zur Charta und eine Zusammenstellung von Musterbeispielen der nationalen Umsetzung der Charta.

Das Überwachungsverfahren der Charta umfasst folgende Stufen: alle drei Jahre Vorlage eines Berichts durch den jeweiligen Staat, Ortsbesuch des Sachverständigenausschusses in dem Staat, gegebenenfalls Vorlage von Stellungnahmen („Schattenberichte“) von Verbänden, Annahme des Prüfberichts durch den Sachverständigenausschuss und Übermittlung an die nationalen Behörden zur Stellungnahme, Übermittlung von Prüfbericht und Stellungnahme des Staates an das Ministerkomitee, Annahme der Empfehlung des Ministerkomitees, Veröffentlichung von Prüfbericht und Ministerkomitee-Empfehlung.

2014 und 2015 verabschiedete und veröffentlichte das Ministerkomitee folgende Empfehlungen zu den jeweiligen Prüfberichten des Sachverständigenausschusses:⁴

- 15. Januar 2014, Ukraine, Empfehlung CM/RecChL(2014)1, zweiter Prüfbericht
- 15. Januar 2014, Armenien, Empfehlung CM/RecChL(2014)2, dritter Prüfbericht
- 15. Januar 2014, Vereinigtes Königreich, Empfehlung CM/RecChL(2014)3, vierter Prüfbericht
- 16. April 2014, Slowenien, Empfehlung CM/RecChL(2014)4, vierter Prüfbericht
- 28. Mai 2014, Deutschland, Empfehlung CM/RecChL(2014)5, fünfter Prüfbericht
- 12. September 2014, Liechtenstein, keine Empfehlung verabschiedet, sechster Prüfbericht
- 24. Oktober 2014, Zypern, Empfehlung CM/RecChL(2014)7, vierter Prüfbericht
- 24. Oktober 2014, Dänemark, Empfehlung CM/RecChL(2014)6, vierter Prüfbericht
- 14. Januar 2015, Schweden, Empfehlung CM/RecChL(2015)1, fünfter Prüfbericht
- 15. April 2015, Kroatien, Empfehlung CM/RecChL(2015)2, fünfter Prüfbericht
- 12. Mai 2015, Montenegro, Empfehlung CM/RecChL(2015)3, dritter Prüfbericht
- 15. September 2015, Norwegen, Empfehlung CM/RecChL(2015)4, sechster Prüfbericht
- 4. November 2015, Luxemburg, keine Empfehlung verabschiedet, vierter Prüfbericht
- 1. Dezember 2015, Tschechische Republik, Empfehlung CM/RecChL(2015)5, dritter Prüfbericht
- 1. Dezember 2015, Polen, Empfehlung CM/RecChL(2015)6, zweiter Prüfbericht.

Die Empfehlungen des Ministerkomitees an die Vertragsstaaten entsprachen in den meisten Fällen den Vorschlägen des Sachverständigenausschusses in seinen Prüfberichten.

Das Ministerkomitee ist aufgerufen, wie in den meisten Fällen seit 2001 den Vorschlägen des Sachverständigenausschusses zu folgen und so das Überwachungsverfahren zu stärken.

Die Vorsitzende des Sachverständigenausschusses wurde zur Fortsetzung des Dialogs mit dem Ministerkomitee zu einem Gedankenaustausch mit der Berichterstattergruppe für rechtliche Zusammenarbeit des Ministerkomitees in deren Sitzung am 18. Juni 2015 eingeladen. Im Gegenzug lud der Sachverständigenausschuss den Vorsitzenden der Berichterstattergruppe zu einem Gedankenaustausch in der 52. Sitzung des Ausschusses am 3. November 2015 ein.

⁴ Alle Prüfberichte und die zugehörigen Empfehlungen des Ministerkomitees sind verfügbar auf www.coe.int/minlang.

Die Prüfberichte des Sachverständigenausschusses haben gezeigt, dass sich die Charta und ihr Überwachungsverfahren weiterhin günstig⁵ auf die Lage der Regional- oder Minderheitensprachen in Europa auswirken. In *Kroatien* findet die Charta nun auch Anwendung auf Bajeschi-Rumänisch, Deutsch und Slowenisch. In *Deutschland* wurde auf Grundlage der Charta ein Aktionsplan zur Förderung des Gebrauchs des Obersorbischen im öffentlichen Leben verabschiedet. *Norwegen* erfüllt inzwischen die meisten Chartaverpflichtungen bezüglich Nordsamisch, der größten Samensprache. In *Schweden* wurde das Recht auf Gebrauch der Minderheitensprachen in das Gesetz über nationale Minderheiten und Sprachen der nationalen Minderheiten aufgenommen und die finanzielle Unterstützung dieser Sprachgruppen erhöht.

Andererseits stehen einige Vertragsstaaten noch immer vor Herausforderungen bei der Anwendung der Charta. Im Folgenden werden die Hauptherausforderungen aufgeführt, die das Ministerkomitee und der Sachverständigenausschuss in den erwähnten Prüfberichten festgestellt haben:

- *Armenien* sollte angemessene Vorkehrungen dafür treffen, dass der Rundfunk Fernsehsendungen in Assyrisch, Griechisch, Kurdisch und Jesidisch anbietet, sowie eine Rechtsgrundlage für die Verwendung der Minderheitensprachen vor Gericht und öffentlichen Stellen schaffen und den Verbänden der nationalen Minderheiten angemessene Finanzmittel zur Verfügung stellen.
- *Kroatien* sollte die gleichberechtigte amtliche Verwendung von Sprachen nationaler Minderheiten in weiteren Gemeinden einführen und, wie die Behörden bereits 2013 angekündigt hatten, den Vorbehalt zu Artikel 7 (5) der Charta zurückziehen, der Romanes vom Schutz nach diesem Vertrag ausschließt.
- *Zypern* sollte die Verwendung des Armenischen und Zyprischen Arabisch auf das Bildungswesen und den Rundfunk ausdehnen.
- Die *Tschechische Republik* sollte in den Bereichen Bildung und Medien ihre Bemühungen verstärken, das Bewusstsein um und die Toleranz für die polnische, slowakische, deutsche und Romaminderheit sowie deren Sprache und Kultur zu stärken und günstige gesellschaftliche Bedingungen für die Verwendung des Deutschen und Romanes im öffentlichen Leben zu schaffen.
- *Dänemark* sollte die Verwendung des Deutschen bei Behörden und im Rundfunk ausweiten.
- *Deutschland* sollte Maßnahmen zum Erhalt des Niedersorbischen umsetzen, Unterricht in/von Niedersorbisch, Nordfriesisch und Saterfriesisch anbieten und die Verwendung dieser Sprachen und des Dänischen im Rundfunk ausweiten.
- *Montenegro* sollte die Verwendung des Albanischen bei örtlichen Stellen der staatlichen Behörden zulassen und die Verwendung von Romanes im Bildungswesen gewährleisten.
- *Norwegen* sollte die Präsenz von Kvenisch/Finnisch im Bildungswesen und Rundfunk stärken und verstärkt Unterricht in/von Lulesamisch und Südsamisch anbieten.
- *Polen* sollte Weißrussisch, Deutsch, Kaschubisch, Lemkisch und Ukrainisch als Unterrichtssprache auf allen Unterrichtsstufen ermöglichen und die Verwendung der Minderheitensprachen im Rundfunk und in den Behörden verstärken.
- *Slowenien* sollte im Rahmen der Anerkennung der kroatischen, deutschen und serbischen nationalen Minderheit nach Artikel 64 der Verfassung auch die Sprachen dieser Minderheiten als traditionelle (autochthone) Sprachen in Slowenien anerkennen sowie die Verwendung des Ungarischen und Italienischen in der Öffentlichkeit ausweiten.
- *Schweden* sollte den zweisprachigen Unterricht in Finnisch und Samisch ausweiten und ihn in Meänkieli einführen.

⁵ Eine ausführliche Übersicht bietet folgende Veröffentlichung: Die praktische Wirkung der Überwachungsverfahren des Europarats auf die Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedsstaaten, Charta-Sekretariat, Straßburg 2014

- Die *Ukraine* sollte sicherstellen, dass die Minderheitensprachen in der Verwaltung auch in der Praxis verwendet werden können (u.a. bei Ortsnamen), Unterricht in/von diesen Sprachen auf allen Ebenen angeboten und die Verwendung der Minderheitensprachen auf Hörfunk und Fernsehen ausgeweitet wird.
- Das *Vereinigte Königreich* sollte eine umfassende Sprachpolitik für Irisch verabschieden und umsetzen (am besten durch Annahme eines Gesetzes, das statutarische Rechte für die Irischsprachigen vorsieht), weitere Maßnahmen zur Stärkung des Unterrichts in Schottisch-Gälisch ergreifen und konkrete Schritte zur verstärkten Verwendung des Walisischen im Gesundheits- und Sozialwesen unternehmen.

Der Europarat unterstützt Staaten bei der Umsetzung der Charta und der Empfehlungen des Überwachungsverfahrens mit Veranstaltungen zum Kapazitätsaufbau. An den *Runden Tischen zur Umsetzung der Charta* nehmen Vertreter der nationalen Minderheiten und Behörden und ein Mitglied des Sachverständigenausschusses als Gesprächsleiter teil. Ziel ist es, sich auf konkrete Schritte zur Umsetzung der Empfehlungen des Sachverständigenausschusses und des Ministerkomitees zu einigen.

Im April 2014 fand ein Runder Tisch zur Umsetzung der Charta in Pressburg (Slowakische Republik) statt. Sowohl die Vertreter der nationalen Minderheiten als auch der Behörden lobten die Runde, da sie die erste Sitzung war, die sich eigens mit der Vorbereitung eines Fahrplans zur Umsetzung der Charta befasste. Deutschland veranstaltete Implementierungskonferenzen im November 2014 und 2015. Ein Implementierungstreffen wurde auf Anfrage der Behörden von Bosnien und Herzegowina im Januar 2015 durchgeführt. Im September 2015 legten Verbände der deutschen und serbischen nationalen Minderheit in Slowenien den slowenischen Behörden und dem Europarat einen gemeinsamen „20-Punkte-Plan“ zur Anwendung der Charta vor und schlugen unter anderem die Einsetzung eines regelmäßigen Runden Tisches zur Umsetzung der Charta in diesem Land vor.

Die Vertragsstaaten werden ersucht, Runde Tische zur Umsetzung der Charta und ähnliche Folgeveranstaltungen zur vollständigen Umsetzung der Charta abzuhalten und den Dialog mit den betroffenen nationalen Minderheiten zu institutionalisieren.

II. Unterstützung von Staaten bei der Vorbereitung der Ratifizierung der Charta

Der Europarat ist die weltweit führende internationale Organisation im Bereich rechtsverbindlicher Normen zum Schutz nationaler Minderheiten und zur Förderung von Regional- und Minderheitensprachen. Das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen sind Bezugsrahmen für die Europäische Union (EU), die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und die Vereinten Nationen (VN). So bezieht sich die *allgemeine regelmäßige Überprüfung* der VN auch auf die Empfehlungen des Überwachungsverfahrens der Charta.

Angesichts dieser internationalen Anerkennung ist es bedauerlich und besorgniserregend, dass in den letzten zwei Jahren keine weiteren Staaten die Charta und das Rahmenübereinkommen ratifiziert und unterzeichnet haben. Es ist dringend notwendig, die „territoriale Kluft“ beim Schutz der nationalen Minderheiten und ihrer Sprachen in Europa zu schließen.

Nichtvertragsstaaten sollten berücksichtigen, dass die Flexibilität der Charta maßgeschneiderte Lösungen für besondere Anliegen zulässt, die diese Staaten bezüglich der Ratifizierung haben. Der Europarat ist bereit, bei der Vorbereitung der Ratifizierungsurkunden Rechtsberatung zu leisten, um Hindernisse, die

der Ratifizierung im Weg stehen, zu beseitigen.

Die Unterstützung von Staaten bei der Vorbereitung der Ratifizierung (Rechtsberatung, Kapazitätsaufbau, Sensibilisierung) wurde und wird im Rahmen der Gemeinsamen Programme von Europarat und EU geleistet (siehe 1.3, 1.5 und 2.1 unten). Zusätzlich zur finanziellen Unterstützung der Gemeinsamen Programme spricht die EU die Frage der ausstehenden Ratifizierungen in ihren bilateralen Beziehungen mit den betroffenen Staaten an, zum Beispiel im Aktionsplan zur Visaliberalisierung für Georgien.

Die EU wird ersucht, im Rahmen ihrer Beziehungen und Abkommen (u.a. Aktionspläne) mit den entsprechenden Staaten weiterhin für die Ratifizierung der Charta einzutreten.

1. Staaten, die sich bei ihrem Europaratbeitritt zur Ratifizierung der Charta verpflichtet haben

Sechs Staaten, die sich bei ihrem Beitritt zum Europarat zur Unterzeichnung und Ratifizierung der Charta verpflichtet haben, sind dieser Pflicht noch nicht nachgekommen. Von diesen haben Albanien und Georgien die Charta noch nicht einmal unterzeichnet:

Mitgliedsstaat	Stellungnahme der Parlamentarischen Versammlung	Frist für die Unterzeichnung und Ratifizierung der Charta	Datum der Unterzeichnung
Albanien	189(1995)		
Aserbaidshan	222(2000)	25/01/2002	21/12/2001
Georgien⁶	209(1999)	27/04/2000	
Republik Moldau⁷	188(1995)	13/07/1996	11/07/2002
Russische Föderation	193(1996)	28/02/1998	10/05/2001
“Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien”	191(1995)	09/11/1996	25/07/1996

Angesichts der Fristen für die Unterzeichnung und Ratifizierung der Charta, die beim Beitritt zum Europarat vereinbart wurden, werden die betreffenden Staaten dringend aufgefordert, alles in ihrer Macht stehende zu tun, damit das Ratifizierungsverfahren unverzüglich vollendet werden kann.

Die Parlamentarische Versammlung ist aufgerufen, die Überwachung der Beitrittsverpflichtungen zu verstärken.

In den betroffenen Staaten sieht der Sachstand der Ratifizierung derzeit folgendermaßen aus:

⁶ Georgiens Chartaratifizierung ist auch im Aktionsplan zur individuellen Partnerschaft mit der NATO (2004) als Verpflichtung festgelegt.

⁷ Moldaus Chartaratifizierung ist auch im Aktionsplan zur individuellen Partnerschaft mit der NATO (2006) als Verpflichtung festgelegt.

1.1 Albanien

Im April 2014 trafen Vertreter der albanischen Behörden mit Sachverständigen des Europarats in Tirana zusammen, um einen ersten Entwurf der Ratifizierungsurkunde zu erörtern. Bei dieser Gelegenheit kündigten die Behörden an, eine Arbeitsgruppe zur Reform des Gesetzes über nationale Minderheiten einzurichten, die auch Empfehlungen zur Ratifizierung der Charta abgeben soll.

1.2 Aserbaidschan

Das Chartasekretariat schlug den aserbaidischen Behörden im Mai 2015 vor, eine interministerielle Arbeitsgruppe zur Ratifizierung der Charta einzurichten und bereits vor der Ratifizierung die Anwendung der Charta in Pilotgemeinden zu simulieren. Dieser Vorschlag wird von den Behörden geprüft.

1.3 Georgien

Im Juni 2013 arbeiteten der hochrangige interministerielle Ausschuss für die Charta und Sachverständige des Europarats auf Ersuchen der georgischen Behörden eine Ratifizierungsurkunde aus.⁸ Zur weiteren Vorbereitung der Unterzeichnung und Ratifizierung der Charta und zur Erleichterung der anschließenden Umsetzung wurde das Gemeinsame Projekt von EU und Europarat „Staatsbürgerliche Eingliederung von nationalen Minderheiten in Georgien und die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen“ (2015-2016) in den Aktionsplan des Europarats für Georgien (2013-2015) aufgenommen. Bei den Sensibilisierungsmaßnahmen, die 2015 in diesem Projekt durchgeführt wurden, zeigte sich eine starke Unterstützung der nationalen Minderheiten für die Ratifizierung der Charta. Die georgische Regierung legt jedoch noch immer nicht den notwendigen politischen Willen zur Unterzeichnung des Vertrags und Einleitung des Ratifizierungsverfahrens an den Tag. Nach der umfassenden Rechtsberatung und den Sensibilisierungsmaßnahmen wird Georgien dringend aufgefordert, die Charta 2016 zu unterzeichnen und zu ratifizieren.

1.4 Republik Moldau

Im Februar 2012 erarbeitete eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der Behörden (Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und europäische Integration, Justizministerium, Bildungsministerium, Kulturministerium, Staatskanzlei) und nationaler Minderheiten sowie aus moldauischen und Europarat-Sachverständigen den Entwurf der Ratifizierungsurkunde⁹. Er enthält ausgewählte Chartabestimmungen, welche die moldauischen Behörden auf Bulgarisch, Ukrainisch, Gagausisch, Deutsch, Polnisch, Romanes, Russisch und Jiddisch anzuwenden bereit sind.¹⁰ Nach interministeriellen Beratungen beschlossen die Behörden jedoch 2012, die Ratifizierung der Charta und die diesbezügliche Zusammenarbeit mit dem Europarat auszusetzen.¹¹ Seitdem haben die Behörden weitere Beratungen mit Vertretern nationaler Minderheiten durchgeführt, um die Liste der Chartabestimmungen, die in der Ratifizierungsurkunde für die acht oben genannten Sprachen enthalten sind, abzuschließen. Die Republik Moldau wird dringend ersucht, die Zusammenarbeit mit dem Europarat zur Vorbereitung der Ratifizierungsurkunde wieder aufzunehmen und Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau zu erwägen, zum Beispiel die simulierte Anwendung der Charta in Pilotgemeinden vor der Ratifizierung.

⁸ siehe Anhang 6

⁹ siehe Anhang 7

¹⁰ Vierter Bericht der Republik Moldau gemäß Artikel 25 (2) des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten, ACFC/SR/IV(2015)005, S. 20-21

¹¹ ebenda, S. 20

1.5 Russische Föderation

Im Rahmen des Gemeinsamen Programms von Europarat und EU „Minderheiten in Russland: Entwicklung von Sprachen, Kultur, Medien und Bürgergesellschaft“ (2009-2012) haben Europarat-Sachverständige einen Entwurf der Ratifizierungsurkunde vorgeschlagen, der von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe geprüft und danach veröffentlicht wurde.¹² Die Russische Föderation wird ersucht, die Zusammenarbeit mit dem Europarat, ausgehend von den Ergebnissen des Gemeinsamen Programms, fortzusetzen.

1.6 „Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“

Die „ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“ hat keine weiteren Schritte zur Vorbereitung der Chartaratifizierung unternommen.

Die Umsetzung von Gemeinsamen Programmen könnte sicherlich Albanien, Aserbaidschan, der Republik Moldau, der Russischen Föderation und der „ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien“ helfen, ihren Verpflichtungen zur Ratifizierung der Charta nachzukommen.

2. Andere Nichtvertragsstaaten der Charta

2.1 Weißrussland

Gemäß Artikel 20 (1) der Charta kann das Ministerkomitee des Europarats jeden Nichtmitgliedsstaat einladen, der Charta beizutreten. Da sich Weißrussland an einem möglichen Beitritt zu den Europaratverträgen im Bereich des Schutzes nationaler Minderheiten interessiert zeigte, umfasst der *Programm-Kooperationsrahmen von EU und Europarat für die östliche Partnerschaft (2015-2017)* die Maßnahme „Erleichterung des Beitritts Weißrusslands zur Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen“. Ihr Hauptziel ist es, Weißrussland dabei zu unterstützen, rechtliche Möglichkeiten eines Chartabeitritts zu prüfen.

2.2 Frankreich

Die Ratifizierung der Charta, die Frankreich 1999 unterzeichnet hat, war Teil der Wahlkampfversprechen von Präsident François Hollande. Im Januar 2014 verabschiedete die Nationalversammlung mit großer Mehrheit eine Verfassungsänderung, welche die Ratifizierung des Vertrags erlaubt. Bedauerlicherweise lehnte der Senat diese Änderung im Oktober 2015 ab. Während der Ratifizierungsdebatte wiederholte die Regierung jedoch, dass bestimmte Bestimmungen der Charta bereits vor der Ratifizierung der französischen Rechtsordnung entsprechen und die Grundlage einer staatlichen Politik zur Förderung der Regionalsprachen darstellen können. Ausgehend davon beschlossen mehrere kommunale und regionale Gebietskörperschaften 2014 und 2015, ausgewählte Chartabestimmungen, die in ihre Zuständigkeit fallen, anzuwenden. Solche Initiativen fördern Regionalsprachen auf der Grundlage von Normen der Charta und bauen Kapazitäten für die künftige Umsetzung der Charta in Frankreich auf. Außerdem können sie anderen Ländern, welche die Anwendung der Charta vor der Ratifizierung in Pilotgemeinden simulieren möchten, als Vorbild dienen (siehe 1.2 und 1.4).

¹² siehe Anhang 8

2.3 Italien

Italien unterzeichnete die Charta im Jahr 2000. 2014 wurden drei Gesetzentwürfe zur Ratifizierung vom Ausschuss für Verfassungsangelegenheiten und dem Außenausschuss des Abgeordnetenhauses geprüft. Es wird erwartet, dass sich der Senat Anfang 2016 damit beschäftigen wird. Da Italien derzeit der Staat in Europa ist, welcher der Ratifizierung am nächsten ist, wird der italienische Senat dringend ersucht, die Gesetzentwürfe 2016 zu billigen.

2.4 Litauen

2013 veranstaltete Litauen, das die Charta noch nicht unterzeichnet hat, eine parlamentarische Anhörung über eine mögliche Ratifizierung. Danach beabsichtigten die litauischen Behörden die Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe, die den Ratifizierungsprozess einleitet. Die Umsetzung dieses Plans steht jedoch noch aus.

Der Europarat verfügt über keine Angaben über Schritte zur Chartaratifizierung in Andorra, Belgien, Bulgarien, Estland, Griechenland, Island, Irland, Lettland, Malta, Monaco, Portugal, San Marino oder der Türkei.

Mitgliedsstaaten, in deren Hoheitsgebiet keine Regional- oder Minderheitensprachen verwendet werden, werden ersucht, dem Beispiel Liechtensteins und Luxemburgs zu folgen und gemäß einer Empfehlung des Ministerkomitees von 2015¹³ die Charta aus Solidarität zu ratifizieren.

III. Krisenreaktionsfähigkeit

Im Bericht zur „Lage der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in Europa“ von 2014 empfahl der Generalsekretär, die Kapazitäten der Überwachungsgremien des Europarats zu stärken, um in Krisen rascher reagieren zu können und die Effizienz der Organisation in diesen Fällen zu verbessern.¹⁴

Der Sachverständigenausschuss der Charta stellte diese Fähigkeit in der Ukrainekrise unter Beweis. Am 28. Februar 2014 sandte der Ständige Vertreter der Ukraine beim Europarat ein Schreiben an den Generalsekretär, in dem er ihn zu prüfen bat, ob unter anderem der Sachverständigenausschuss untersuchen könnte, inwieweit alle Rechte der nationalen Minderheiten in der Ukraine, darunter die sprachlichen Rechte, ordnungsgemäß geschützt und geachtet werden. Nach dieser Anfrage, welche die geopolitische Bedeutung der Charta zeigte, beschloss das Präsidium des Sachverständigenausschusses, seinen zweiten Prüfbericht zur Ukraine¹⁵ neu zu bewerten und dem Generalsekretär am 25. März 2014 einen Sonderbericht zur Lage der Sprachen der nationalen Minderheiten in der Ukraine vorzulegen.¹⁶ Der Generalsekretär legte die Befunde dieses Berichts dem Ministerkomitee vor. Ferner verabschiedete der Sachverständigenausschuss am 16. Mai 2014 eine Erklärung zur Ukraine¹⁷, in der er sich besonders besorgt über die Lage der Sprachen der nationalen Minderheiten, die herkömmlich auf der Krim verwendet werden, zeigte.

¹³ siehe CM(2015)124

¹⁴ Lage der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in Europa. Eine Analyse der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in Europa auf der Grundlage der Schlussfolgerungen der Überwachungsgremien und -organe des Europarats, SG (2014)1, S. 8

¹⁵ ECRML(2014)3

¹⁶ MIN-LANG(2014)3

¹⁷ siehe Anhang 4

Im September 2014 änderte der Sachverständigenausschuss seine Geschäftsordnung und ergänzte eine Bestimmung zu Sonderaufträgen. Dieser neue Artikel 19 bestätigt, dass sich Mitglieder des Sachverständigenausschusses auf Anfrage des Ministerkomitees oder des Sekretariats an Sondermissionen beteiligen können. Dazu zählen Missionen, die als rasche Reaktion auf grundlegende Änderungen in der Politik, Gesetzgebung oder Praxis eines Staates, die sich nachteilig auf die Förderung von Regional- oder Minderheitensprachen auswirken können, durchgeführt werden.

Im August 2015 beschloss die Stadt Wukowar/Буковар (Kroatien), keine zweisprachigen Schilder (kroatisch/serbisch) an amtlichen Einrichtungen und in Straßen anzubringen (siehe auch IV.2 unten). Als Reaktion auf diese umstrittene Entscheidung überprüfte der Sachverständigenausschuss im November 2015, zwischen zwei Überwachungsdurchgängen, die Anwendung der Charta durch Kroatien. Zudem beschloss der Sachverständigenausschuss, die Lage in Kroatien bis zum nächsten Überwachungsdurchgang weiter zu verfolgen und in dieser Frage den Dialog mit den kroatischen Behörden zu suchen.

Diese Maßnahmen zeigen, dass der Sachverständigenausschuss fähig und willens ist, rasch auf Krisen zu reagieren, unbeschadet seines Kernauftrags, die Anwendung der Charta in dreijährlichen Abständen zu überwachen.

IV. Zusammenarbeit

1. Zusammenarbeit mit verwandten Überwachungsgremien im Europarat

Wie in den vorangegangenen Jahren traf der Generalsekretär mit den Vorsitzenden der Überwachungs- und Beratungsgremien im Europarat zusammen. Die Treffen fanden im Dezember 2014 und November 2015 statt und befassten sich unter anderem mit der Zusammenarbeit zwischen verwandten Überwachungsgremien, darunter dem Sachverständigenausschuss der Charta und dem Beratenden Ausschuss des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten.

Diese beiden Ausschüsse und die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (EKRI) stimmten sich während des Berichtszeitraums ab und veranstalteten oder beteiligten sich an Veranstaltungen zur Erhöhung ihrer Sichtbarkeit. Im November 2014 veranstaltete der Europäische Ausschuss für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Menschenwürde und Gleichstellung mit den drei Überwachungsgremien die Konferenz „Samen – das Volk, seine Kultur, Sprachen und der Europarat“ in Inari, Finnland. Außerdem nahmen die Vorsitzenden des Sachverständigenausschusses und des Beratenden Ausschusses im März 2015 an der internationalen Konferenz über „Minderheitenschutz am Scheideweg“ in Mariehamn (Åland), Finnland, teil. Im gleichen Monat waren beide Ausschüsse beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf in der Sitzung über die Umsetzung von Sprachenrechten vertreten, bei der sie gemeinsam eine Nebenveranstaltung durchführten.

Der 50. Sitzung des Sachverständigenausschusses ging eine gemeinsame Sitzung (16. März 2015) der Präsidien des Sachverständigenausschusses, des Beratenden Ausschusses und der EKRI voraus, in der ein großes Potenzial für die weitere Zusammenarbeit im Bereich gemeinsamer Unterstützungsmaßnahmen aufgezeigt wurde, darunter eine gemeinsame Veröffentlichung ihrer Empfehlungen.

2. Förderung und Verwendung von Regional- und Minderheitensprachen in anderen Tätigkeiten des Europarats

Im „Bericht des Generalsekretärs zur Überprüfung der Konventionen des Europarats“¹⁸ wird die Charta als eine „Schlüsselkonvention“ der Organisation eingestuft. Daher ist es nur natürlich, dass der ganze Europarat das Ziel verfolgt, die in der Charta festgelegten – und vom Sachverständigenausschuss und Ministerkomitee überwachten – Normen einzuhalten, insbesondere in Tätigkeiten in Regionen, in denen Regional- oder Minderheitensprachen verwendet werden.

Auf der Grundlage des Berichts über „Die Lage und Rechte der angestammten nationalen Minderheiten in Europa“ verabschiedete die Parlamentarische Versammlung 2014 Empfehlung 2040 (2014) und Entschließung 1985 (2014). Der Sachverständigenausschuss legte eine Stellungnahme zum Empfehlungsentwurf vor, die am 30. Juni 2014 angenommen wurde.¹⁹

Der Kongress der Gemeinden und Regionen hat der Förderung der Regional- und Minderheitensprachen und der Charta von jeher große Bedeutung beigemessen. Im Oktober 2015 hielt er eine Aussprache zum Thema „Regional- und Minderheitensprachen in Europa: jüngste Entwicklungen, Herausforderungen und gute Praktiken“ ab. Angesichts der schleppenden Umsetzung der Charta auf nationaler Ebene forderte die Vorsitzende des Sachverständigenausschusses Gemeinden und Regionen auf, eine proaktivere Rolle bei der Förderung der Regional- und Minderheitensprachen zu spielen.

Der Menschenrechtskommissar tritt weiterhin für die Umsetzung der Empfehlungen des Charta-Überwachungsverfahrens ein und sprach 2014 bei seinem Besuch in Georgien die ausstehende Ratifizierung an. Außerdem verwendet der Ad-hoc-Sachverständigenausschuss für Romafragen in seinen Sitzungen die Minderheitensprache Romanes.

Am 21. August 2015 veröffentlichte der Europarat eine Erklärung, die in Übereinstimmung mit mehreren Ministerkomitee-Empfehlungen²⁰ das Entfernen amtlicher Schilder in Sprachen nationaler Minderheiten durch Vandalismus oder förmliche Beschlüsse zur Beschränkung des öffentlichen Gebrauchs solcher Sprachen sehr bedauerte. Diese Erklärung war eine Reaktion auf die Entscheidung der Stadt Wukowar/Буковар (Kroatien), Serbisch nicht auf amtlichen Schildern zu verwenden (siehe auch III. oben). Sie erwähnte auch, dass am 26. April 2015 die dänisch-deutschen Ortsschilder der Stadt Hadersleben (Dänemark), die auf Empfehlung des Sachverständigenausschusses angebracht worden waren, durch Vandalismus zerstört, aber nicht wieder aufgestellt wurden.

Ferner übernimmt der Generalsekretär die Schirmherrschaft für Veranstaltungen zur Förderung von Regional- oder Minderheitensprachen wie „LIET International“, ein Gesangswettbewerb für Regional- oder Minderheitensprachen, und „SUNS Europe“, das europäische Festival für darstellende Künste in Minderheitensprachen.

Der Sachverständigenausschuss der Charta wiederum leistet aktive Beiträge zu anderen themenübergreifenden Tätigkeiten des Europarats. Als Beitrag zur Europarat-Strategie für die Rechte des Kindes benannte der Sachverständigenausschuss eine Berichterstatte für Kinderrechte, die 2014 einen Bericht über den „Schutz von Kinderrechten in der Europäischen Charta der Regional- oder

¹⁸ SG/Inf(2012)12, 16. Mai 2012

¹⁹ siehe Anhang 10

²⁰ CM/RecChI2013(1) zur Tschechischen Republik, CM/RecChI2013(3) zu Serbien, CM/RecChI2013(6) zu Bosnien und Herzegowina, CM/RecChI2014(1) zur Ukraine

Minderheitensprachen“ veröffentlichte. Der Sachverständigenausschuss war auch bei der Konferenz „Wachsen mit Kinderrechten“ in Dubrovnik (Kroatien) im März 2014 vertreten. Zudem ernannte er in seiner 50. Sitzung (17.-20. März 2015) eine Gleichstellungsbeauftragte, die am 18. November 2015 an einem Gedankenaustausch mit dem Ausschuss für Geschlechtergleichstellung des Europarats teilnahm. Am 5. November 2015 verabschiedete der Sachverständigenausschuss eine Erklärung anlässlich des Welttages der Romasprache.²¹

3. Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen und Einrichtungen

Der Sachverständigenausschuss und sein Sekretariat arbeiten fallweise mit anderen internationalen Organisationen oder Einrichtungen zusammen. Die Vorsitzende des Sachverständigenausschusses sprach zum Beispiel im April 2014 bei einer Aussprache zur Ukraine vor der Intergruppe für angestammte Minderheiten, nationale Gemeinschaften und Sprachen des Europäischen Parlaments.

Im Rahmen der Zusammenarbeit des Europarats und der OSZE in Fragen nationaler Minderheiten tauschen der Hochkommissar der OSZE für nationale Minderheiten (HKNM) und das Chartasekretariat Informationen aus, zum Beispiel anlässlich von Länderbesuchen der Hochkommissarin.

Es wurden auch Kontakte mit der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) hergestellt, welche die Charta als Bezugsrahmen ihrer Arbeit zu eingeborenen und gefährdeten Sprachen sieht.

Der Europarat ist ein institutioneller Partner des Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen (ECMI) in Flensburg (Deutschland) und bezog dieses in seine Tätigkeiten in Georgien, der Republik Moldau und Albanien ein.

Ausblick

Durch die rechtlichen Verpflichtungen zur aktiven Förderung von Regional- oder Minderheitensprachen, welche die Charta den Vertragsstaaten auferlegt, stellt sie eine Ergänzung der Gesetze über nationale Minderheiten dar, die oft nur auf Individualrechten von Angehörigen nationaler Minderheiten aufbauen. Trotz der insgesamt positiven Wirkung dieses Ansatzes stehen mehrere Vertragsstaaten vor Herausforderungen bei der Umsetzung der Charta. Weitere Bemühungen sind notwendig, um die vollständige Umsetzung des Vertrags zu gewährleisten. Mittelfristig sollte der Europarat vor Ort eine aktivere Rolle bei der eigentlichen Umsetzung der Chartabestimmungen und der Empfehlungen des Überwachungsverfahrens spielen. Kooperations- und Hilfsprogramme in Bezug auf die größten vom Sachverständigenausschuss festgestellten Herausforderungen sollten allen Vertragsstaaten sofort nach Veröffentlichung des jeweiligen Prüfberichts zugänglich sein. Zudem müssen der Europarat im Allgemeinen und die Parlamentarische Versammlung im Besonderen Staaten nachdrücklicher an ihre Beitrittsverpflichtungen zur Ratifizierung der Charta erinnern. Die Empfehlungen des Sachverständigenausschusses und des Ministerkomitees bieten Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung eine gute Grundlage, zur Unterstützung der Anwendung der Charta oder ihrer Ratifizierung tätig zu werden und dadurch die Lage der Regional- oder Minderheitensprachen in Europa zu verbessern.

²¹ siehe Anhang 9

Anhang 1
Unterzeichnungen und Ratifizierungen der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen SEV-Nr.: 148
Vertrag aufgelegt zur Unterzeichnung durch die Mitgliedsstaaten und zum Beitritt durch Nichtmitgliedsstaaten

Zeichnung
 Ort: Straßburg
 Datum: 5/11/1992

Inkrafttreten
 Bedingungen: 5 Ratifizierungen
 Datum: 1/3/1998

Datum 1/1/2016

Mitgliedsstaaten des Europarats

Staaten	Unterzeichnung	Ratifizierung	Inkrafttreten	Hinw.	V.	E.	O.	T.	M.	Ew
Albanien										
Andorra										
Armenien	11/5/2001	25/1/2002	1/5/2002			X				
Aserbaidshan	21/12/2001					X				
Belgien										
Bosnien und Herzegowina	7/9/2005	21/9/2010	1/1/2011			X				
Bulgarien										
Dänemark	5/11/1992	8/9/2000	1/1/2001			X			X	
Deutschland	5/11/1992	16/9/1998	1/1/1999			X				
Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	25/7/1996									
Estland										
Finnland	5/11/1992	9/11/1994	1/3/1998			X				
Frankreich	7/5/1999					X				
Georgien										
Griechenland										
Irland										
Island	7/5/1999									
Italien	27/6/2000									
Kroatien	5/11/1997	5/11/1997	1/3/1998		X	X				
Lettland										
Liechtenstein	5/11/1992	18/11/1997	1/3/1998			X				
Litauen										
Luxemburg	5/11/1992	22/6/2005	1/10/2005							

Malta	5/11/1992									
Moldau	11/7/2002									
Monaco										
Montenegro	22/3/2005	15/2/2006	6/6/2006	56						
Niederlande	5/11/1992	2/5/1996	1/3/1998			X		X		
Norwegen	5/11/1992	10/11/1993	1/3/1998			X				
Österreich	5/11/1992	28/6/2001	1/10/2001			X				
Polen	12/5/2003	12/2/2009	1/6/2009			X				
Portugal										
Rumänien	17/7/1995	29/1/2008	1/5/2008			X				
Russland	10/5/2001									
San Marino										
Schweden	9/2/2000	9/2/2000	1/6/2000			X				
Schweiz	8/10/1993	23/12/1997	1/4/1998			X				
Serbien	22/3/2005	15/2/2006	1/6/2006	56		X				
Slowakei	20/2/2001	5/9/2001	1/1/2002			X				
Slowenien	3/7/1997	4/10/2000	1/1/2001			X				
Spanien	5/11/1992	9/4/2001	1/8/2001			X				
Tschechische Republik	9/11/2000	15/11/2006	1/3/2007			X				
Türkei										
Ukraine	2/5/1996	19/9/2005	1/1/2006			X				
Ungarn	5/11/1992	26/4/1995	1/3/1998			X				
Vereinigtes Königreich	2/3/2000	27/3/2001	1/7/2001			X		X		
Zypern	12/11/1992	26/8/2002	1/12/2002			X				

Nichtmitgliedsstaaten des Europarats

Staaten	Unterzeichnung	Ratifizierung	Inkrafttreten	Hinw.	V.	E.	O.	T.	M.	Ew
---------	----------------	---------------	---------------	-------	----	----	----	----	----	----

Gesamtzahl der Unterzeichnungen ohne Ratifizierung:	8
Gesamtzahl der Ratifizierungen/Beitritte:	25

Hinweise:

(56) Daten der Unterzeichnung und Ratifizierung durch den Staatenbund Serbien und Montenegro.
b.: Beitritt - na.: Nachfolge - r.: Unterzeichnung "ad referendum" - u.: Unterzeichnung ohne Vorbehalt der Ratifizierung. V.: Vorbehalte - E.: Erklärungen - O.: Obrigkeiten - T.: Territorialer Anwendungsbereich - M.: Mitteilungen - Ew: Einwand.

Quelle: Vertragsbüro auf <http://conventions.coe.in>

Anhang 2**Vertragsstaaten der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen und ihre Regional- oder Minderheitensprachen**

Stand: 1. Januar 2016

Vertragsstaat²²	Sprachen	Schutzumfang gemäß Charta (für die jeweilige Sprache geltende Artikel)
Armenien	Assyrisch Deutsch Griechisch Kurdisch Russisch Ukrainisch Jesidisch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Österreich	Burgenlandkroatisch Tschechisch Ungarisch Romanes Slowakisch Slowenisch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) <i>oder</i> Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)* ²³ Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) <i>oder</i> Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)*
Bosnien und Herzegowina	Albanisch Tschechisch Deutsch Ungarisch Italienisch Ladino Mazedonisch Montenegrinisch Polnisch Romanes Rumänisch Ruthenisch Slowakisch Slowenisch Türkisch Ukrainisch Jiddisch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Kroatien	Tschechisch Deutsch Ungarisch Bajeschi-Rumänisch Istro-Rumänisch Italienisch Ruthenisch Serbisch Slowakisch Slowenisch Ukrainisch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)

²² Liechtenstein und Luxemburg sind nicht aufgeführt, da in diesen Ländern keine Regional- oder Minderheitensprache verwendet wird.²³ In einigen Teilen des Staates wird die Sprache nur von Teil II abgedeckt, während sie in anderen Teilen auch von Teil III abgedeckt wird. In der Tabelle sind diese Fälle mit Sternchen (*) gekennzeichnet.

Zypern	Armenisch Zyprisches Arabisch	Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7)
Tschechische Republik	Mährisches Kroatisch Deutsch Polnisch Romanes Slowakisch	Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Dänemark	Deutsch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Finnland ²⁴	Inarismisch Karelisch Nordsamisch Romanes Russisch Skoltsamisch Schwedisch Tatarisch Jiddisch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7.5)
Deutschland	Dänisch Niederdeutsch Niedersorbisch Nordfriesisch Romanes Saterfriesisch Obersorbisch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) <i>oder</i> Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)* Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) <i>oder</i> Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)* Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Ungarn	Armenisch Beasch Bulgarisch Kroatisch Deutsch Griechisch Polnisch Romanes Rumänisch Ruthenisch Serbisch Slowakisch Slowenisch Ukrainisch	Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7.5)
Montenegro	Albanisch Bosnisch Kroatisch Romanes	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Niederlande	Friesisch Limburgisch Niedersächsisch Romanes Jiddisch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7.5)
Norwegen	Kvenisch/Finnisch	Teil II (Artikel 7)

²⁴ **Anmerkung:** In seiner Erklärung vom 30. November 2009 erklärte „Finnland unter Bezugnahme auf Artikel 7, Absatz 5, dass es sich verpflichtet, die Grundsätze in den Absätzen 1 bis 4 des besagten Artikels sinngemäß auf Romanes, die karelische Sprache [Hervorhebung im Original] und die anderen nicht territorial gebundenen Sprachen in Finnland anzuwenden.“ Finnland hat jedoch die „anderen nicht territorial gebundenen Sprachen in Finnland“ nicht benannt.

	Lulesamisch Nordsamisch Romanes Ost-/Skoltsamisch Südsamisch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Polen	Armenisch Weißrussisch Tschechisch Deutsch Karaimisch Kaschubisch Lemkisch Litauisch Romanes Russisch Slowakisch Tatarisch Ukrainisch Jiddisch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Rumänien	Albanisch Armenisch Bulgarisch Kroatisch Tschechisch Deutsch Griechisch Ungarisch Italienisch Mazedonisch Polnisch Romanes Russisch Ruthenisch Serbisch Slowakisch Tatarisch Türkisch Ukrainisch Jiddisch	Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7)
Serbien	Albanisch Bosnisch Bulgarisch Bunjewakisch Kroatisch Tschechisch Deutsch Ungarisch Mazedonisch Romanes Rumänisch Ruthenisch Slowakisch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)

	Ukrainisch Walachisch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7)
Slowakei	Bulgarisch Kroatisch Tschechisch Deutsch Ungarisch Polnisch Romanes Ruthenisch Ukrainisch Jiddisch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7)
Slowenien	Kroatisch Deutsch Ungarisch Italienisch Romanes Serbisch	Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7)
Spanien	Aragonesisch Aranesisch Asturisch Baskisch Katalanisch Galicisch Leonesisch Valenzianisch	Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) <i>oder</i> Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)* Teil II (Artikel 7) <i>oder</i> Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)* Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) <i>oder</i> Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)*
Schweden	Finnisch Lulesamisch Meänkieli Nordsamisch Romanes Südsamisch Jiddisch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7.5)
Schweiz	Französisch Deutsch Italienisch Rätoromanisch Jenisch	Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7)
Ukraine	Weißrussisch Bulgarisch Krimtatarisch Gagausisch Deutsch Griechisch Ungarisch Karaimisch Krimtschakisch Moldauisch Polnisch Romanes Rumänisch Russisch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)

	Ruthenisch Slowakisch Jiddisch	Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Vereinigtes Königreich	Kornisch Irish Manx-Gälisch Schottisch Schottisch-Gälisch Ulster-Schottisch Walisisch	Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)

Anhang 3

Von der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen geschützte Sprachen

Stand: 1. Januar 2016

Sprache	Vertragsstaat	Schutzumfang gemäß Charta (für die jeweilige Sprache geltende Artikel)
Albanisch	Bosnien und Herzegowina Montenegro Rumänien Serbien	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Aragonesisch	Spanien	Teil II (Artikel 7)
Aranesisch	Spanien	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Armenisch	Zypern Ungarn Polen Rumänien	Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7)
Assyrisch	Armenien	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Asturisch	Spanien	Teil II (Artikel 7)
Baskisch	Spanien	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Beasch	Ungarn	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Bosnisch	Montenegro Serbien	Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Bulgarisch	Ungarn Rumänien Serbien Slowakei Ukraine	Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Bunjewakisch	Serbien	Teil II (Artikel 7)
Dänisch	Deutschland	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Deutsch	Armenien Bosnien und Herzegowina Kroatien Tschechische Republik Dänemark Ungarn Polen Rumänien Serbien Slowakei Slowenien Schweiz Ukraine	Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Finnisch	Schweden	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Französisch	Schweiz	Teil II (Artikel 7)
Friesisch	Niederlande	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Gagausisch	Ukraine	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Galicisch	Spanien	Teil II (Artikel 7) <i>oder</i> Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)* ²⁵

²⁵ In einigen Teilen des Staates wird die genannte Sprache nur von Teil II geschützt, während sie in anderen Teilen auch unter Teil III fällt. In der

Griechisch	Armenien Ungarn Rumänien Ukraine	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Inarisamisch	Finnland	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Irish	Vereinigtes Königreich	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Istro-Rumänisch	Kroatien	Teil II (Artikel 7)
Italienisch	Bosnien und Herzegowina Kroatien Rumänien Slowenien Schweiz	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Jenisch	Schweiz	Teil II (Artikel 7)
Jesidisch	Armenien	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Jiddisch	Bosnien und Herzegowina Finnland Niederlande Polen Rumänien Slowakei Schweden Ukraine	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Karaimisch	Polen Ukraine	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7)
Karelisch	Finnland	Teil II (Artikel 7.5)
Kaschubisch	Polen	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Katalanisch	Spanien	Teil II (Artikel 7) <i>oder</i> Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)*
Kornisch	Vereinigtes Königreich	Teil II (Artikel 7)
Krimtatarisch	Ukraine	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Krimtschakisch	Ukraine	Teil II (Artikel 7)
Kroatisch	Österreich ²⁶ Tschechische Republik ²⁷ Ungarn Montenegro Rumänien Serbien Slowakei Slowenien	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7)
Kurdisch	Armenien	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Kvenisch/Finnisch	Norwegen	Teil II (Artikel 7)
Ladino	Bosnien und Herzegowina	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Lemkisch	Polen	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Leonesisch	Spanien	Teil II (Artikel 7)
Limburgisch	Niederlande	Teil II (Artikel 7)
Litauisch	Polen	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Lulesamisch	Norwegen	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)

vorliegenden Tabelle sind diese Fälle mit einem Sternchen versehen (*).

²⁶ Burgenlandkroatisch

²⁷ Mährisches Kroatisch

	Schweden	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Manx-Gälisch	Vereinigtes Königreich	Teil II (Artikel 7)
Mazedonisch	Bosnien und Herzegowina Rumänien Serbien	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7)
Meänkieli	Schweden	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Moldauisch	Ukraine	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Montenegrinisch	Bosnien und Herzegowina	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Niederdeutsch	Deutschland	Teil II (Artikel 7) <i>oder</i> Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)*
Niedersächsisch	Niederlande	Teil II (Artikel 7)
Niedersorbisch	Deutschland	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Nordfriesisch	Deutschland	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Nordsamisch	Finnland Norwegen Schweden	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Obersorbisch	Deutschland	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Polnisch	Bosnien und Herzegowina Tschechische Republik Ungarn Rumänien Slowakei Ukraine	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Rätoromanisch	Schweiz	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Romanes	Österreich Bosnien und Herzegowina Tschechische Republik Finnland Deutschland Ungarn Montenegro Niederlande Norwegen Polen Rumänien Serbien Slowakei Slowenien Schweden Ukraine	Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) <i>oder</i> Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)* Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7)
Rumänisch	Bosnien und Herzegowina Kroatien ²⁸ Ungarn Serbien Ukraine	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Russisch	Armenien Finnland Polen Rumänien	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)

²⁸ Bajeschi-Rumänisch

	Ukraine	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Ruthenisch	Bosnien und Herzegowina Kroatien Ungarn Rumänien Serbien Slowakei Ukraine	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7)
Saterfriesisch	Deutschland	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Schottisch	Vereinigtes Königreich	Teil II (Artikel 7)
Schottisch-Gälisch	Vereinigtes Königreich	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Schwedisch	Finnland	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Serbisch	Kroatien Ungarn Rumänien Slowenien	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7)
Skoltsamisch Ost-/Skoltsamisch	Finnland Norwegen	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Slowakisch	Österreich Bosnien und Herzegowina Kroatien Tschechische Republik Ungarn Polen Rumänien Serbien Ukraine	Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Slowenisch	Österreich Bosnien und Herzegowina Kroatien Ungarn	Teil II (Artikel 7) <i>oder</i> Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)* Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Südsamisch	Norwegen Schweden	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7)
Tatarisch	Finnland Polen Rumänien	Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7)
Tschechisch	Österreich Bosnien und Herzegowina Kroatien Polen Rumänien Serbien Slowakei	Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Türkisch	Bosnien und Herzegowina Rumänien	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Ukrainisch	Armenien Bosnien und Herzegowina Kroatien Ungarn Polen Rumänien	Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)

	Serbien Slowakei	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Ulster-Schottisch	Vereinigtes Königreich	Teil II (Artikel 7)
Ungarisch	Österreich Bosnien und Herzegowina Kroatien Rumänien Serbien Slowakei Slowenien Ukraine	Teil II (Artikel 7) <i>oder</i> Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)* Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Valencianisch	Spanien	Teil II (Artikel 7) <i>oder</i> Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)*
Walachisch	Serbien	Teil II (Artikel 7)
Walisisch	Vereinigtes Königreich	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Weißrussisch	Polen Ukraine	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)
Zyprisches Arabisch	Zypern	Teil II (Artikel 7)
Gesamt: Die Charta gilt für 79 Sprachen , ...	die von 203 Minderheiten oder Sprachgemeinschaften gebraucht werden, von denen	... 70 nur unter Teil II und 126 unter die Teile II und III fallen. Die Sprachen von 7 Sprachgemeinschaften gehören zu beiden vorstehenden Kategorien, abhängig von der Region.

Anmerkung: In seiner Erklärung vom 30. November 2009 erklärte „Finnland unter Bezugnahme auf Artikel 7, Absatz 5, dass es sich verpflichtet, die Grundsätze in den Absätzen 1 bis 4 des besagten Artikels sinngemäß auf Romanes, die karelische Sprache [Hervorhebung im Original] und die anderen nicht territorial gebundenen Sprachen in Finnland anzuwenden.“ Finnland hat jedoch die „anderen nicht territorial gebundenen Sprachen in Finnland“ nicht benannt.

Anhang 4

Erklärung des Sachverständigenausschusses der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen zur Lage in der Ukraine (16. Mai 2014)

(vom Sachverständigenausschuss in der 47. Sitzung einstimmig angenommen)

Der Sachverständigenausschuss der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen erinnert daran, dass die Charta für pluralistische und mehrsprachige Gesellschaften entwickelt wurde und wiederholt, dass „der Schutz und die Stärkung der Regional- oder Minderheitensprachen in den verschiedenen Ländern und Regionen Europas einen wichtigen Beitrag zum Aufbau eines Europas darstellen, das auf den Grundsätzen der Demokratie und der kulturellen Vielfalt im Rahmen der nationalen Souveränität und territorialen Unversehrtheit beruht“ (Präambel der Charta).

Bezüglich seines Prüfberichts über die Anwendung der Charta in der Ukraine vom 15. November 2012 und der Neubewertung dieses Berichts vom 25. März 2014 erinnert der Ausschuss daran, dass er feststellen konnte, dass in Bezug auf die russische Sprache die meisten Chartaverpflichtungen der Ukraine erfüllt oder teilweise erfüllt waren. In Bezug auf die anderen Minderheitensprachen sind jedoch mehrere Chartaverpflichtungen noch umzusetzen. Das war auch auf der Krim der Fall.

Insbesondere in der gegenwärtigen Lage in der Ukraine stellt der Schutz der Charta einen zusätzlichen europäischen Schutz für die Minderheitensprachen dar. Der Sachverständigenausschuss zeigt sich tief beunruhigt über die Lage der Minderheitensprachen und der Personen, die sie auf der Krim gebrauchen. Unter den gegenwärtigen Umständen kann die Ukraine die Charta nicht umsetzen, weshalb der Sachverständigenausschuss die Anwendung der Charta auf Bulgarisch, Krimtatarisch, Deutsch, Griechisch, Krimtschakisch und Karaimisch auf der Krim nicht überwachen kann.

Mit Bezug auf den Bericht des Generalsekretärs über die „Lage der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in Europa“ (Mai 2014) bietet der Sachverständigenausschuss dem Ministerkomitee, dem Generalsekretär des Europarats sowie den ukrainischen Behörden seine Sachkenntnis zu Regional- oder Minderheitensprachen und Personen, die sie gebrauchen, an, auch fallbezogen.

Anhang 5

Regionale und kommunale Gebietskörperschaften in Frankreich, die Bestimmungen der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen angenommen haben

(mit dem Datum der Annahme durch den Rat der betreffenden Gebietskörperschaft)

Zabern / Saverne, 10/2/2014

Mülhausen / Mulhouse, 17/2/2014

Röschwoog / Roeschwoog, 3/3/2014

Rappoltsweiler / Ribeauvillé, 21/3/2014

Sufflenheim / Soufflenheim, 29/4/2014

Lembach, 27/5/2014

Elsass-Lothringen-Champagne-Ardenne / Alsace-Lorraine-Champagne-Ardenne, 19/6/2014²⁹

Unterelsass / Bas-Rhin, 19/6/2014

Oberelsass / Haut-Rhin, 19/6/2014

Sankt Pilt / Saint Hippolyte, 7/7/2014

Buschweiler / Buschwiller, 29/9/2014

Fessenheim, 7/10/2014

Drusenheim, 22/10/2014

Sommerau (bestehend aus Allenweiler / Allenwiller, Birkenwald, Salenthal, Singrist), 23/10/2014³⁰

Scharrachbergheim-Irmstett, 24/11/2014

Kolbsheim, 22/12/2014

Sankt Ludwig / Saint-Louis, 7/1/2015

Stützheim-Offenheim / Stutzheim-Offenheim, 9/2/2015

Dammerkirch / Dannemarie, 17/2/2015

Schleithal, 6/3/2015

Geisweiler / Geiswiller, 2/4/2015

Bischweiler / Bischwiller, 20/4/2015

Straßburg / Strasbourg, 9/5/2015

²⁹ Dieses Datum betrifft die frühere Region Elsass, die am 1.1.2016 mit den früheren Regionen Lothringen und Champagne-Ardenne zusammengelegt worden ist.

³⁰ Dieses Datum betrifft die frühere Gemeinde Salenthal, die am 1.1.2016 mit drei anderen Gemeinden zusammengelegt worden ist.

Anhang 6

Entwurf der Ratifizierungsurkunde Georgiens für die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen³¹

1. Georgien erklärt, dass „Regional- oder Minderheitensprachen“ im Sinne von Artikel 1, Absatz a und Artikel 2, Absatz 1 der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen die Sprachen der nationalen Minderheiten sind.

2. Gemäß Artikel 2, Absatz 1 der Charta erklärt Georgien, dass Artikel 7, Absätze 1-4 in Teil II der Charta („Ziele und Grundsätze“) auf folgende Minderheitensprachen Anwendung finden³²: Aserbaidschanisch, Assyrisch, Abchasisch, Griechisch, Deutsch, Estnisch, (Urum-)Türkisch, Kurmandschi/Kurdisch, Ossetisch, Polnisch, Russisch, Armenisch, Udisch, Ukrainisch, Kistisch/Tschetschenisch und Awarisch.

3. Gemäß Artikel 2, Absatz 2 und Artikel 3, Absatz 1 der Charta erklärt Georgien, dass folgende Bestimmungen in Teil III der Charta („Maßnahmen zur Förderung des Gebrauchs von Regional- oder Minderheitensprachen im öffentlichen Leben“) für Abchasisch in Abchasien gelten:

Artikel 8 – Bildung

Absatz 1.a.i; b.i; c.i; d.i; e.i; f.iii; g; h.

Absatz 2.

Artikel 9 – Justizbehörden

Absatz 1.a.i; a.ii; a.iii; a.iv; b.ii; c.i; c.ii.

Artikel 10 – Verwaltungsbehörden und öffentliche Dienstleistungsbetriebe

Absatz 1.a.i; b; c.

Absatz 2.a; b; c; d; e; f; g.

Absatz 3.a.

Absatz 4.a; b; c.

Absatz 5.

Artikel 11 – Medien

Absatz 1.a.iii; b.i; c.i; d; e.i; f.i; g.

Absatz 2.

Absatz 3.

Artikel 12 – Kulturelle Tätigkeiten und Einrichtungen

Absatz 1.a; b; c; d; e; f.

Artikel 13 – Wirtschaftliches und soziales Leben

Absatz 1.a.

Artikel 14 – Grenzüberschreitender Austausch

³¹ Ausgearbeitet im Juni 2013 von dem hochrangigen interministeriellen Ausschuss für die Verpflichtungen Georgiens gemäß der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen und Sachverständigen des Europarats.

³² Die Namen der Sprachen werden in georgischer alphabetischer Reihenfolge genannt.

Absatz a.
Absatz b.

4. Gemäß Artikel 2 Absatz 2 und Artikel 3, Absatz 1 der Charta erklärt Georgien, dass folgende Bestimmungen in Teil III der Charta, („Maßnahmen zur Förderung des Gebrauchs von Regional- oder Minderheitensprachen im öffentlichen Leben“) auf Abchasisch (außerhalb von Abchasien), Ossetisch, Kistisch/Tschetschenisch, Awarisch und Udisch Anwendung finden:

a) Abchasisch (außerhalb von Abchasien) und Ossetisch:

Artikel 8 – Bildung

Absatz 1.a.iii (betreffend Maßnahme ii); b.iv (betreffend Maßnahme iii); c.iv (betreffend Maßnahme iii); e.ii; f.iii; h; i.
Absatz 2.

Artikel 9 – Justizbehörden

Absatz 1.a.ii; b.ii; c.ii.
Absatz 3.

Artikel 10 – Verwaltungsbehörden und öffentliche Dienstleistungsbetriebe

Absatz 1.a.iv; b.
Absatz 2.b.
Absatz 3.c.
Absatz 4.a; b; c.

Artikel 11 – Medien

Absatz 1.a.iii; c.ii; d; e.i; f.ii; g.
Absatz 2.
Absatz 3.

Artikel 12 – Kulturelle Tätigkeiten und Einrichtungen

Absatz 1.a; b; d; e; f; g.
Absatz 2.
Absatz 3.

Artikel 13 – Wirtschaftliches und soziales Leben

Absatz 1.a; d.
Absatz 2.c.

b) Kistisch/Tschetschenisch:

Artikel 8 – Bildung

Absatz 1.a.iii (betreffend Maßnahme ii); b.iv (betreffend Maßnahme iii); c.iv (betreffend Maßnahme iii); d.iv (betreffend Maßnahme iii); e.ii; f.iii; h; i.
Absatz 2.

Artikel 9 – Justizbehörden

Absatz 1.a.ii; b.ii; c.ii.
Absatz 3.

Artikel 10 – Verwaltungsbehörden und öffentliche Dienstleistungsbetriebe

Absatz 1.a.iv; b.
Absatz 2.b.
Absatz 4.a; b; c.

Artikel 11 – Medien

Absatz 1.a.iii; d; f.ii; g.
Absatz 2.
Absatz 3.

Artikel 12 – Kulturelle Tätigkeiten und Einrichtungen

Absatz 1.a; b; d; e; f; h.
Absatz 2.
Absatz 3.

Artikel 13 – Wirtschaftliches und soziales Leben

Absatz 1.a; c; d.
Absatz 2.b; c.

c) Awarisch:

Artikel 8 – Bildung

Absatz 1.a.iii (betreffend Maßnahme ii); b.iv (betreffend Maßnahme iii); c.iv (betreffend Maßnahme iii);
e.ii; f.iii; h; i.
Absatz 2.

Artikel 9 – Justizbehörden

Absatz 1.a.ii; b.ii; c.ii.
Absatz 3.

Artikel 10 – Verwaltungsbehörden und öffentliche Dienstleistungsbetriebe

Absatz 1.a.iv; b.
Absatz 2.b.
Absatz 3.c.
Absatz 4.a; b; c.

Artikel 11 – Medien

Absatz 1.a.iii; d; e.i; f.ii; g.
Absatz 2.
Absatz 3.

Artikel 12 – Kulturelle Tätigkeiten und Einrichtungen

Absatz 1.a; b; d; e; f; g.
Absatz 2.
Absatz 3.

Artikel 13 – Wirtschaftliches und soziales Leben

Absatz 1.a; d.

Absatz 2.c.

d) Udisch:

Artikel 8 – Bildung

Absatz 1.a.iii (betreffend Maßnahme ii); b.iv (betreffend Maßnahme iii); c.iv (betreffend Maßnahme iii); d.iv (betreffend Maßnahme iii); e.ii; f.iii; h; i.

Absatz 2.

Artikel 9 – Justizbehörden

Absatz 1.a.ii; b.ii; c.ii.

Artikel 10 – Verwaltungsbehörden und öffentliche Dienstleistungsbetriebe

Absatz 1.a.iv.

Absatz 2.b.

Absatz 4.a; b; c.

Artikel 11 – Medien

Absatz 1.a.iii; d; f.ii; g.

Absatz 2.

Absatz 3.

Artikel 12 – Kulturelle Tätigkeiten und Einrichtungen

Absatz 1.a; b; d; e; f; h.

Absatz 2.

Absatz 3.

Artikel 13 – Wirtschaftliches und soziales Leben

Absatz 1.a; c; d.

Absatz 2.b; c.

5. Georgien erklärt, dass im Sinne der Umsetzung der Charta keine Regionalsprachen in seinem Hoheitsgebiet verwendet werden.

6. Georgien erklärt, dass sich die Anwendung der Bestimmungen der Charta auf die Minderheitensprachen nicht nachteilig auf die georgische Sprache als Staatssprache und die Notwendigkeit, sie zu erlernen, auswirken wird.

7. Georgien erklärt, dass es in Betracht ziehen wird, Bestimmungen in Teil III der Charta auch auf Minderheitensprachen anzuwenden, die nicht in den Absätzen 3 und 4 dieser Erklärung genannt sind, sobald die Politik und Praxis in Bezug auf solche Sprachen näher bestimmt sind.

Georgische Fassung:

რეგიონულ ან უმცირესობათა ენების ევროპული ქარტიის საქართველოს რატიფიცირების ინსტრუმენტის პროექტი³³

1. საქართველო აცხადებს, რომ „რეგიონულ ან უმცირესობათა ენებს“, როგორც ეს გაგებულია „რეგიონული და უმცირესობათა ენების ევროპული ქარტიის“ 1-ლი მუხლის, „ა“ პუნქტით და მე-2 მუხლის, 1-ლი პუნქტით, წარმოადგენს ეროვნულ უმცირესობათა ენებს.
2. „რეგიონული ან უმცირესობების ენების ევროპული ქარტიის“ მე-2 მუხლის 1-ლი პუნქტის თანახმად, საქართველო აცხადებს, რომ ქარტიის II ნაწილის მე-7 მუხლის 1-4 პუნქტები („მიზნები და პრინციპები“) უნდა გავრცელდეს შემდეგ უმცირესობათა ენებზე: აზერბაიჯანული, ასურული, აფხაზური, ბერძნული, გერმანული, ესტონური, (ურუმეულ) თურქული, კურმანჯი/ქურთული, ოსური, პოლონური, რუსული, სომხური, უდიური, უკრაინული, ქისტურ/ჩეჩნური, ხუნძური.
3. ქარტიის მე-2 მუხლის მე-2 პუნქტისა და მე-3 მუხლის 1-ლი პუნქტის თანახმად, საქართველო აცხადებს, რომ ქარტიის III ნაწილით („საზოგადოებრივ ცხოვრებაში რეგიონული ან უმცირესობათა ენების ხელშეწყობის ზომები“) გათვალისწინებული შემდეგი დებულებები უნდა გავრცელდეს აფხაზურზე აფხაზეთში:

მუხლი 8 – განათლება

პუნქტი 1.ა.i; ბ.i; გ.i; დ.i; ე.i; ვ.iii; ზ; თ.
პუნქტი 2.

მუხლი 9 – სასამართლო ორგანოები

პუნქტი 1.ა.i; ა.ii; ა.iii; ა.iv; ბ.ii; გ.i; გ.ii.

მუხლი 10 – ადმინისტრაციული ორგანოები და საჯარო სამსახურები

პუნქტი 1.ა.i; ბ; გ.
პუნქტი 2.ა; ბ; გ; დ; ე; ვ; ზ.
პუნქტი 3.ა.
პუნქტი 4.ა; ბ; გ.
პუნქტი 5.

მუხლი 11 – მედია

პუნქტი 1.ა.iii; ბ.i; გ.i; დ; ე.i; ვ.i; ზ.
პუნქტი 2.
პუნქტი 3.

მუხლი 12 – კულტურული საქმიანობა და საშუალებები

³³ მომზადებულია 2013 წლის ივნისში „რეგიონული და უმცირესობათა ენების შესახებ ევროპული ქარტიის“ თაობაზე საქართველოს ვალდებულების შესრულებასთან დაკავშირებით შექმნილი უწყებათაშორისი კომისიისა და ევროპის საბჭოს ექსპერტების მიერ.

პუნქტი 1.ა; ბ; გ; დ; ე; ვ.

მუხლი 13 – ეკონომიკური და სოციალური ცხოვრება

პუნქტი 1.ა.

მუხლი 14 – სახელმწიფოთაშორისი გაცვლები

პუნქტი ა.

პუნქტი ბ.

4. ქარტიის მე-2 მუხლის მე-2 პუნქტისა და მე-3 მუხლის 1-ლი პუნქტის თანახმად, საქართველო აცხადებს, რომ ქარტიის III ნაწილით („საზოგადოებრივ ცხოვრებაში რეგიონული ან უმცირესობათა ენების ხელშეწყობის ზომები“) გათვალისწინებული შემდეგი დებულებები უნდა გავრცელდეს აფხაზურ (აფხაზეთის გარეთ), ოსურ, ქისტურ/ჩეჩნურ, ხუნძურ და უდიურ ენებზე:

ა) აფხაზური (აფხაზეთის გარეთ) და ოსური:

მუხლი 8 – განათლება

პუნქტი 1.ა.iii (რომელიც ეხება ii ზომას); ბ.iv (რომელიც ეხება iii ზომას); გ.iv (რომელიც ეხება iii ზომას); ე.ii; ვ.iii; თ; ი.

პუნქტი 2.

მუხლი 9 – სასამართლო ორგანოები

პუნქტი 1.ა.ii; ბ.ii; გ.ii.

პუნქტი 3.

მუხლი 10 – ადმინისტრაციული ორგანოები და საჯარო სამსახურები

პუნქტი 1.ა.iv; ბ.

პუნქტი 2.ბ.

პუნქტი 3.გ.

პუნქტი 4.ა; ბ; გ.

მუხლი 11 – მედია

პუნქტი 1.ა.iii; გ.ii; დ; ე.ი; ვ.ii; ზ.

პუნქტი 2.

პუნქტი 3.

მუხლი 12 – კულტურული საქმიანობა და საშუალებები

პუნქტი 1.ა; ბ; დ; ე; ვ; ზ.

პუნქტი 2.

პუნქტი 3.

მუხლი 13 – ეკონომიკური და სოციალური ცხოვრება

პუნქტი 1.ა; დ.

პუნქტი 2. გ.

ბ) ქისტურ/ჩეჩნური:

მუხლი 8 – განათლება

პუნქტი 1.ა.iii (რომელიც ეხება ii ზომას); ბ.iv (რომელიც ეხება iii ზომას); გ.iv (რომელიც ეხება iii ზომას); დ.iv (რომელიც ეხება iii ზომას); ე.ii; ვ.iii; თ; ი.

პუნქტი 2.

მუხლი 9 – სასამართლო ორგანოები

პუნქტი 1.ა.ii; ბ.ii; გ.ii.

პუნქტი 3.

მუხლი 10 – ადმინისტრაციული ორგანოები და საჯარო სამსახურები

პუნქტი 1.ა.iv; ბ.

პუნქტი 2.ბ.

პუნქტი 4.ა; ბ; გ.

მუხლი 11 – მედია

პუნქტი 1.ა.iii; დ; ვ.ii; ზ.

პუნქტი 2.

პუნქტი 3.

მუხლი 12 – კულტურული საქმიანობა და საშუალებები

პუნქტი 1.ა; ბ; დ; ე; ვ; თ.

პუნქტი 2.

პუნქტი 3.

მუხლი 13 – ეკონომიკური და სოციალური ცხოვრება

პუნქტი 1.ა; გ; დ.

პუნქტი 2. ბ; გ.

გ) ხუნძური:

მუხლი 8 – განათლება

პუნქტი 1.ა.iii (რომელიც ეხება ii ზომას); ბ.iv (რომელიც ეხება iii ზომას); გ.iv (რომელიც ეხება iii ზომას); ე.ii; ვ.iii; თ; ი.

პუნქტი 2.

მუხლი 9 – სასამართლო ორგანოები

პუნქტი 1.ა.ii; ბ.ii; გ.ii.

პუნქტი 3.

მუხლი 10 – ადმინისტრაციული ორგანოები და საჯარო სამსახურები

პუნქტი 1.ა.iv; ბ.

პუნქტი 2.ბ.

პუნქტი 3.გ.
პუნქტი 4.ა; ბ; გ.

მუხლი 11 – მედია

პუნქტი 1.ა.iii; დ; ე.ი; ვ.ii; ზ.
პუნქტი 2.
პუნქტი 3.

მუხლი 12 – კულტურული საქმიანობა და საშუალებები

პუნქტი 1.ა; ბ; დ; ე; ვ; ზ.
პუნქტი 2.
პუნქტი 3.

მუხლი 13 – ეკონომიკური და სოციალური ცხოვრება

პუნქტი 1.ა; დ.
პუნქტი 2.გ.

და უდიური:

მუხლი 8 – განათლება

პუნქტი 1.ა.iii (რომელიც ეხება ii ზომას); ბ.iv (რომელიც ეხება iii ზომას); გ.iv (რომელიც ეხება iii ზომას); დ.iv (რომელიც ეხება iii ზომას); ე.ii; ვ.iii; თ; ი.
პუნქტი 2.

მუხლი 9 – სასამართლო ორგანოები

პუნქტი 1.ა.ii; ბ.ii; გ.ii.

მუხლი 10 – ადმინისტრაციული ორგანოები და საჯარო სამსახურები

პუნქტი 1.ა.iv.
პუნქტი 2.ბ.
პუნქტი 4.ა; ბ; გ.

მუხლი 11 – მედია

პუნქტი 1.ა.iii; დ; ვ.ii; ზ.
პუნქტი 2.
პუნქტი 3.

მუხლი 12 – კულტურული საქმიანობა და საშუალებები

პუნქტი 1.ა; ბ; დ; ე; ვ; თ.
პუნქტი 2.
პუნქტი 3.

მუხლი 13 – ეკონომიკური და სოციალური ცხოვრება

პუნქტი 1.ა; გ; დ.
პუნქტი 2. ბ; გ.

5. საქართველო აცხადებს, რომ ქარტიის შესრულების მიზნით, მის ტერიტორიაზე არ გამოიყენება რაიმე რეგიონული ენა.
6. საქართველო აცხადებს, რომ უმცირესობათა ენების მიმართ ქარტიის დებულებების გამოყენებამ ზიანი არ უნდა მიაყენოს ქართულს, როგორც სახელმწიფო ენას და მისი შესწავლის საჭიროებას.
7. საქართველო აცხადებს, რომ მომავალში ის ასევე განიხილავს ქარტიის მე-3 ნაწილის დებულებების გამოყენების შესაძლებლობას იმ უმცირესობათა ენების მიმართ, რომლებიც არ არის მოხსენიებული დეკლარაციის მე-3 და მე-4 პუნქტებში, მას შემდეგ, რაც მოხდება ამ ენების მიმართ ქვეყნის პოლიტიკისა და პრაქტიკის შემდგომი განსაზღვრა.

Anhang 7

Entwurf der Ratifizierungsurkunde/des Ratifizierungsgesetzes der Republik Moldau für die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

Liste der in die Ratifizierungsurkunde/in das Ratifizierungsgesetz der Republik Moldau aufzunehmenden Bestimmungen der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen, wie während der Sitzung der nationalen Sachverständigen³⁴ unter Mitwirkung von Sachverständigen des Europarats und des Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen am 2. und 3. Februar 2012 vereinbart

Für die Ratifizierung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen wird Folgendes vorgeschlagen:

1. Die Bestimmungen der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen werden auf acht Minderheitensprachen angewendet, die im Hoheitsgebiet der Republik Moldau gebraucht werden und bei denen es sich gemäß „internationaler Normen“³⁵ um Sprachen handelt, die in diesem Hoheitsgebiet seit mehr als einhundert Jahren herkömmlich präsent sind: Bulgarisch, Gagausisch, Deutsch, Jiddisch, Polnisch, Romanes, Russisch und Ukrainisch.
2. Gemäß Artikel 2, Absatz 1 der Charta erklärt die Republik Moldau, dass Teil II der Charta auf Deutsch, Jiddisch, Polnisch und Romanes angewendet wird.
3. Gemäß Artikel 2, Absatz 2 der Charta erklärt die Republik Moldau, dass die folgenden Bestimmungen von Teil III der Charta auf Russisch, Gagausisch, Ukrainisch und Bulgarisch angewendet werden:

Russisch

Artikel 8 – Bildung

Absatz 1 a.i; b.i; c.i; d.i; e.i; f.i; g; h.

Absatz 2.

Artikel 9 – Justizbehörden

Absatz 1.a.i; a.ii; a.iii; a.iv; b.i; b.ii; b.iii; c.i; c.ii; c.iii.

Absatz 2.a.

Artikel 10 – Verwaltungsbehörden und öffentliche Dienste

Absatz 1.a.i; b; c.

Absatz 2.a; b; c; d; e; f; g.

Absatz 3.a.

³⁴ Die Arbeitsgruppe umfasste u.a. Vertreter folgender Einrichtungen: Amt für Interethnische Beziehungen, Menschenrechtszentrum (Ombudsmann), Ministerium für Äußeres und Europäische Integration, Justizministerium, Amt des Ministerpräsidenten, Regierungsausschuss der Autonomen Gebietseinheit Gagausien, Slawische Universität der Republik Moldau, Zentrum für Völkerkunde der Akademie der Wissenschaften Moldaus, Zentrum für Interethnische Forschung, Wissenschaftliche Gesellschaft für Bulgarische Studien der Republik Moldau, Stiftung für die Unterstützung und Entwicklung gagausischer Kultur und Wissenschaft „Cainac“, Russische Gemeinschaft der Republik Moldau, Koordinierungsrat der Russischen Vereinigungen in der Republik Moldau, Vereinigung der Russischlehrer in der Republik Moldau, Koordinierungsrat Ethnokultureller Organisationen.

³⁵ Ratifizierung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen durch die Republik Moldau: Vorschlag für eine Ratifizierungsurkunde, verfasst vom Europäischen Zentrum für Minderheitenfragen, 2012

Absatz 4.a; b; c.

Absatz 5.

Artikel 11 – Medien

Absatz 1.a.iii; b.ii; c.ii; d; e.i; f.ii; g.

Absatz 2.

Absatz 3.

Artikel 12 – Kulturelle Tätigkeiten und Einrichtungen

Absatz 1.a; b; c; d; e; f; h.

Absatz 2.

Absatz 3.

Artikel 13 – Wirtschafts- und Sozialleben

Absatz 1.a; b; c; d.

Absatz 2.a; b; c; d; e.

Artikel 14 – Grenzüberschreitender Austausch

Absatz a.

Absatz b.

Gagausisch

Artikel 8 – Bildung

Absatz 1. a.i; ii; b.i; ii; iii; c.i; ii; iii; d.i; ii; iii; e.ii; iii; f.i; ii; iii; g; h.

Absatz 2.

Artikel 9 – Justizbehörden

Absatz 1.a.ii; a.iii; a.iv; b.ii; iii; c.ii; iii.

Artikel 10 – Verwaltungsbehörden und öffentliche Dienste

Absatz 1.a.i; a.ii (in Gagausien) / a.iii (außerhalb von Gagausien); b; c.

Absatz 2.a; b; c; d; e (in Gagausien); f (außerhalb von Gagausien); g.

Absatz 3.a (in Gagausien) / 3.b (außerhalb von Gagausien).

Absatz 4.a; b; c; d.

Absatz 5.

Artikel 11 – Medien

Absatz 1.a.iii; b.i; ii; c.i; ii; d.ii; e.i; ii; f.i; ii; g.

Absatz 2.

Absatz 3.

Artikel 12 – Kulturelle Tätigkeiten und Einrichtungen

Absatz 1.a; b; c; d; e; f; h; g.

Artikel 13 – Wirtschafts- und Sozialleben

Absatz 1.a; b; c; d.

Absatz 2.a; b; c; d; e.

Artikel 14 – Grenzüberschreitender Austausch

Absatz a.

Absatz b.

Ukrainisch

Artikel 8 – Bildung

Absatz 1.a.ii; b.ii; c.ii; d.ii; e.i; f.i; g; h.

Absatz 2.

Artikel 9 – Justizbehörden

Absatz 1.a.ii; a.iii; a.iv; b.ii; c.ii.

Artikel 10 – Verwaltungsbehörden und öffentliche Dienste

Absatz 1.a.ii; b; c.

Absatz 2.a; b; c; d; e; f; g.

Absatz 3.b.

Absatz 4.c.

Absatz 5.

Artikel 11 – Medien

Absatz 1.a.iii; b.ii; c.ii; d; e.i; f.ii; g.

Absatz 2.

Absatz 3.

Artikel 12 – Kulturelle Tätigkeiten und Einrichtungen

Absatz 1.a; b; c; d; e; f; h.

Absatz 2.

Absatz 3.

Artikel 13 – Wirtschafts- und Sozialleben

Absatz 1.a; c; d.

Absatz 2. b; c; d.

Artikel 14 – Grenzüberschreitender Austausch

Absatz a.

Absatz b.

Bulgarisch

Artikel 8 – Bildung

Absatz 1.a.ii; b.ii; c.ii; d.iii; e.i; f.i; g; h.

Absatz 2.

Artikel 9 – Justizbehörden

Absatz 1.a.ii; a.iii; a.iv; b.ii; c.ii.

Artikel 10 – Verwaltungsbehörden und öffentliche Dienste

Absatz 1.a.iii; b; c.

Absatz 4.a; b; c; d; g.

Absatz 3.b.

Absatz 4.c.

Absatz 5.

Artikel 11 – Medien

Absatz 1.a.iii; b.ii; c.i; d; e.i; f.i; g.

Absatz 2.

Absatz 3.

Artikel 12 – Kulturelle Tätigkeiten und Einrichtungen

Absatz 1.a; b; c; d; e; f; h.

Absatz 2.

Absatz 3.

Artikel 13 – Wirtschafts- und Sozialleben

Absatz 1.a; b.

Absatz 2. b; c; d.

Artikel 14 – Grenzüberschreitender Austausch

Absatz a.

Absatz b.

Rumänische Fassung:

Lista prevederilor Cartei Europene a Limbilor Regionale și Minoritare propuse pentru a fi incluse în proiectul instrumentului/legii de ratificare, convenită în cadrul reuniunii grupului de experți naționali³⁶ din 2-3 februarie 2012, cu participarea experților din partea Consiliului Europei și European Centre for Minority Issues

Pentru ratificarea Cartei Europene a Limbilor Regionale sau Minoritare se propun următoarele:

1. Prevederile Cartei Europene a Limbilor Regionale sau Minoritare se aplică celor opt limbi minoritare folosite pe teritoriul Republicii Moldova, care sunt, potrivit „regulii internaționale”³⁷, prezente în mod tradițional pe acest teritoriu de mai mult de o sută de ani: limba bulgară, limba găgăuză, limba germană, limba idiș, limba poloneză, limba romani, limba rusă și limba ucraineană.

³⁶ Grupul de lucru a fost compus, *inter alia*, din reprezentanți ai Biroului pentru Relații Interetnice, ai Centrului pentru Drepturile Omului (Avocatul Poporului), Ministerului Afacerilor Externe și Integrării Europene, Ministerului Justiției, Cabinetului Prim-ministrului, Comitetului Executiv al Unității Teritoriale Autonome Găgăuzia, Universității Slavone din Republica Moldova, Centrului de Etnologie al Academiei de Științe a Moldovei, Centrului de Cercetări Interetnice, Societății Științifice de Bulgaristică din Republica Moldova, Fundației pentru Susținerea și Dezvoltarea Științei și Culturii Găgăuze “Cainac”, Comunității Ruse din Republica Moldova, Consiliului Coordonator al Asociațiilor Ruse din Republica Moldova, Asociației Profesorilor de Limba Rusă din Republica Moldova și ai Consiliului Coordonator al organizațiilor etno-culturale.

³⁷ Ratificarea Cartei Europene a Limbilor Regionale sau Minoritare de către Republica Moldova. Propunere de instrument de ratificare. Elaborat de European Centre for Minority Issues, 2012

2. Potrivit prevederilor articolului 2, paragraful 1 din Cartă, Republica Moldova declară că Partea a II- a Cartei se aplică limbilor germană, idiș, poloneză și romani.

3. Potrivit prevederilor articolului 2, paragraful 2 din Cartă, Republica Moldova declară că următoarele prevederi ale Părții a III-a se aplică limbilor rusă, găgăuză, ucraineană și bulgară:

Limba rusă

Articolul 8 – Învățământ

Paragraful 1 a.i; b.i; c.i; d.i; e.i; f.i; g; h.

Paragraful 2

Articolul 9 – Autorități judiciare

Paragraph 1.a.i; a.ii; a.iii; a.iv; b.i; b.ii; b.iii; c.i; c.ii c.iii.

Paragraph 2.a.

Articolul 10 – Autorități administrative și servicii publice

Paragraful 1.a.i; b; c.

Paragraful 2.a; b; c; d; e; f; g.

Paragraful 3.a.

Paragraful 4.a; b; c.

Paragraful 5.

Articolul 11 – Mijloace de informare în masă

Paragraful 1.a.iii; b.ii; c.ii; d; e.i; f.ii; g.

Paragraful 2.

Paragraful 3.

Articolul 12 – Activități și facilități culturale

Paragraful 1.a; b; c; d; e; f; h.

Paragraful 2.

Paragraful 3.

Articolul 13 – Viață economică și socială

Paragraful 1.a; b; c; d.

Paragraful 2.a; b; c; d; e.

Articolul 14 – Schimburi transfrontaliere

Paragraful a.

Paragraful b.

Limba găgăuză

Articolul 8 – Învățământ

Paragraful 1.a.i; ii; b.i; ii; iii; c.i; ii; iii; d.i; ii; iii; e.ii; iii; f.i; ii; iii; g; h.

Paragraful 2.

Articolul 9 – Autorități judiciare

Paragraful 1.a.ii; a.iii; a.iv; b.ii; iii; c.ii; iii.

Articolul 10 – Autorități administrative și servicii publice

Paragraful 1.a.i; a.ii (în Găgăuzia) / a.iii (în afara Găgăuziei); b; c.

Paragraful 2.a; b; c; d; e (în Găgăuzia); f (în afara Găgăuziei); g.

Paragraful 3.a (în Găgăuzia) / 3.b (în afara Găgăuziei).

Paragraful 4.a; b; c; d.

Paragraful 5.

Articolul 11 – Mijloace de informare în masă

Paragraful 1.a.iii; b.i; ii; c.i; ii; d.ii; e.i; ii. f.i; ii; g.

Paragraful 2.

Paragraful 3.

Articolul 12 – Activități și facilități culturale

Paragraful 1.a; b; c; d; e; f; h; g.

Articolul 13 – Viață economică și socială

Paragraful 1.a; b; c; d.

Paragraful 2.a; b; c; d; e.

Articolul 14 – Schimburi transfrontaliere

Paragraful a.

Paragraful b.

Limba ucraineană

Articolul 8 – Învățământ

Paragraful 1.a.ii; b.ii; c.ii; d.ii; e.i; f.i; g; h.

Paragraful 2.

Articolul 9 – Autorități judiciare

Paragraful 1.a.ii; a.iii; a.iv; b.ii; c.ii.

Articolul 10 – Autorități administrative și servicii publice

Paragraful 1.a.ii; b; c.

Paragraful 2.a; b; c; d; e; f; g.

Paragraful 3.b.

Paragraful 4.c.

Paragraful 5.

Articolul 11 – Mijloace de informare în masă

Paragraful 1.a.iii; b.ii; c.ii; d; e.i; f.ii; g.

Paragraful 2.

Paragraful 3.

Articolul 12 – Activități și facilități culturale

Paragraful 1.a; b; c; d; e; f; h.
Paragraful 2.
Paragraful 3.

Articolul 13 – Viață economică și socială

Paragraful 1.a; c; d.
Paragraful 2.b; c; d.

Articolul 14 – Schimburi transfrontaliere

Paragraful a.
Paragraful b.

Limba bulgară

Articolul 8 – Învățământ

Paragraful 1.a.ii; b.ii; c.ii; d.iii; e.i; f.i; g; h.
Paragraful 2.

Articolul 9 – Autorități judiciare

Paragraful 1.a.ii; a.iii; a.iv; b.ii; c.ii.

Articolul 10 – Autorități administrative și servicii publice

Paragraful 1.a.iii; b; c.
Paragraful 2.a; b; c; d; g.
Paragraful 3.b.
Paragraful 4.c.
Paragraful 5.

Articolul 11 – Mijloace de informare în masă

Paragraful 1.a.iii; b.ii; c.i; d; e.i; f.i; g.
Paragraful 2.
Paragraful 3.

Articolul 12 – Activități și facilități culturale

Paragraful 1.a; b; c; d; e; f; h.
Paragraful 2.
Paragraful 3.

Articolul 13 – Viață economică și socială

Paragraful 1.a; b.
Paragraful 2.b; c; d.

Articolul 14 – Schimburi transfrontaliere

Paragraful a.
Paragraful b.

Anhang 8

Sachverständigenvorschlag eines Entwurfs der Ratifizierungsurkunde der Russischen Föderation für die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen³⁸

1. Gemäß Artikel 2, Absatz 1 der Charta verpflichtet sich die Russische Föderation, die Bestimmungen in Teil II auf alle Regional- oder Minderheitensprachen anzuwenden, die in ihrem Hoheitsgebiet gesprochen werden und der Definition in Artikel 1 entsprechen.

2. Gemäß Artikel 2, Absatz 2 und Artikel 3, Absatz 1 der Charta erklärt die Russische Föderation, dass die nachfolgend aufgeführten Bestimmungen für folgende Sprachen in den genannten Gebieten gelten:³⁹ Abasinisch (Republik Karatschai-Tscherkessien), Adygeisch (Republik Adygeja), Aghulisch (Republik Dagestan), Altaisch (Republik Altai), Awarisch (Republik Dagestan), Aserbaidschanisch (Republik Dagestan), Balkarisch (Republik Kabardino-Balkarien), Baschkirisch (Republik Baschkortostan), Burjatisch (Republik Burjatien), Tschetschenisch (Republiken Tschetschenien und Dagestan), Tscherkessisch (Republik Karatschai-Tscherkessien), Tschuwaschisch (Republik Tschuwaschien), Darginisch (Republik Dagestan), Inguschisch (Republik Inguschetien), Kabardisch (Republik Kabardino-Balkarien), Kalmückisch (Republik Kalmückien), Karatschaisch (Republik Karatschai-Tscherkessien), Chakassisch (Republik Chakassien), Komi (Republik Komi), Kumükisch (Republik Dagestan), Lakisch (Republik Dagestan), Lesgisch (Republik Dagestan), Berg- und Wiesenmari (Republik Mari El), Mokschanisches und Ersänisches Mordwinisch (Republik Mordwinien), Nogaisch (Republiken Dagestan und Karatschai-Tscherkessien), Ossetisch (Republik Nordossetien), Rutulisch (Republik Dagestan), Jakutisch (Republik Sacha), Tabassaranisch (Republik Dagestan), Tatisch (Republik Dagestan), Tatarisch (Republik Tatarstan), Tsachurisch (Republik Dagestan), Tuwinisch (Republik Tuwa) und Udmurtisch (Republik Udmurtien)

Artikel 8 – Bildung

Absatz 1.a.i; b.ii; c.ii; d.ii; e.ii; f.i; g; h; i.

Artikel 9 – Justizbehörden

Absatz 1.a.ii; a.iii; a.iv; b.ii; b.iii; c.ii; c.iii.

Absatz 2.a.

Absatz 3.

Artikel 10 – Verwaltungsbehörden und öffentliche Dienstleistungsbetriebe

Absatz 1.a.ii; b; c.

Absatz 2.a; b; c; d; e; f; g.

Absatz 3.a.

Absatz 4.c.

Absatz 5.

Artikel 11 – Medien

Absatz 1.a.i; b.ii; c.ii; d; e.i; f.i; g.

Absatz 2.

³⁸ Siehe Alexey Kozhemyakov/Sergey Sokolovskiy (Hg.): The European Charter for Regional or Minority Languages in Russia. Analysis, Reports and Recommendations in the framework of the Joint Programme 'Minorities in Russia: Developing Languages, Culture, Media and Civil Society', Moskau 2012 [veröffentlicht in Englisch und Russisch]

³⁹ Artikel 2 umfasst Karelich nicht, da Karelien die einzige Republik ist, in der es keine Staatssprache zusätzlich zum Russischen gibt. Außerdem umfasst sie Deutsch noch nicht, da die Umsetzung des „Protokolls über die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation bezüglich der schrittweisen Wiederherstellung der Staatlichkeit der Russlanddeutschen“ vom 10. Juli 1992 noch aussteht“ (in Kraft seit dem 23. März 1993, siehe Bjulleten' mezhdunarodnyh dogovorov 1993 Nr. 3, S. 67-70).

Absatz 3.

Artikel 12 – Kulturelle Tätigkeiten und Einrichtungen

Absatz 1.a; b; c; d; e; f; g; h.

Absatz 3.

Artikel 13 – Wirtschaftliches und soziales Leben

Absatz 1.a; b; c; d.

Absatz 2.b; c; e.

Artikel 14 – Grenzüberschreitender Austausch

Absatz a.

Absatz b.

3. Gemäß Artikel 2, Absatz 2 und Artikel 3, Absatz 1 der Charta erklärt die Russische Föderation, dass die nachfolgend aufgeführten Bestimmungen für folgende Sprachen in den genannten Gebieten gelten: Burjatisch (Okrug der Aginer Burjaten und Okrug der Ust-Ordynsker Burjaten), Deutsch (Deutsche Nationalkreise Asowo und Halbstadt), Karelisch (Karelien), Kasachisch (Republik Altai), Komi-Permjakisch (Komi-Permjakischer Okrug) und Koreanisch (Koreanischer nationaler Mikrorayon „Su-Chan“)

Artikel 8 – Bildung

Absatz 1.a.ii; b.ii; c.ii; d.ii; e.ii; f.ii; g; h; i.

Artikel 9 – Justizbehörden

Absatz 1.a.ii; b.iii; c.iii.

Absatz 2.b.

Artikel 10 – Verwaltungsbehörden und öffentliche Dienstleistungsbetriebe

Absatz 1.a.iii; b; c.

Absatz 2.a; b; c; d; e; f; g.

Absatz 3.b.

Absatz 4.c.

Absatz 5.

Artikel 11 – Medien

Absatz 1.a.ii; b.ii; c.ii; d; e.i; f.i; g.

Absatz 2.

Absatz 3.

Artikel 12 – Kulturelle Tätigkeiten und Einrichtungen

Absatz 1.a; b; c; d; e; f; g.

Artikel 13 – Wirtschaftliches und soziales Leben

Absatz 1.a; d.

Absatz 2.b; c.

Artikel 14 – Grenzüberschreitender Austausch

Absatz a.

Absatz b.

4. Gemäß Artikel 2, Absatz 2 und Artikel 3, Absatz 1 der Charta erklärt die Russische Föderation, dass die nachfolgend aufgeführten Bestimmungen für folgende Sprachen gelten: Abasinisch, Adygeisch, Aghulisch, Altaisch, Armenisch, Awarisch, Aserbaidshänisch, Balkarisch, Baschkirisch, Weißrussisch, Burjatisch, Tschetschenisch, Tscherkessisch, Tschuwaschisch, Darginisch, Georgisch, Deutsch, Griechisch, Inguschisch, Kabardisch, Kalmükisch, Karatschaisch, Karelisch, Kasachisch, Chakassisch, Komi, Komi-Permjakisch, Koreanisch, Kumükisch, Lakisch, Lesgisch, Berg- und Wiesenmari, Moldauisch, Mordwinisch (Mokschisch und Ersänisch), Nogaisch, Ossetisch, Polnisch, Rutulisch, Jakutisch, Tabassaranisch, Tadschikisch, Tatisch, Tatarisch, Tschakurisch, Türkisch, Tuwinisch, Udmurtisch, Ukrainisch und Usbekisch.

Artikel 8 – Bildung

Absatz 1.a.iii; b.iv; c.iv; d.iv; f.ii; g; h.

Absatz 2.

Artikel 9 – Justizbehörden

Absatz 1.a.ii.

Artikel 10 – Verwaltungsbehörden und öffentliche Dienstleistungsbetriebe

Absatz 1.a.iv; b; c.

Absatz 2.a; b; c; d; g.

Absatz 3.c.

Absatz 4.c.

Absatz 5.

Artikel 11 – Medien

Absatz 1.a.iii; b.ii; c.ii; d; e.ii; f.ii; g.

Absatz 2.

Absatz 3.

Artikel 12 – Kulturelle Tätigkeiten und Einrichtungen

Absatz 1.a; b; c; d; e; f.

Artikel 13 – Wirtschaftliches und soziales Leben

Absatz 1.a.

Artikel 14 – Grenzüberschreitender Austausch

Absatz a.

Absatz b.

Diese Bestimmungen gelten in den Gebieten, in denen die betreffenden Regional- oder Minderheitensprachen gebraucht werden. Gemäß den Absätzen 2 und 3 sind die Gebiete der Republiken und/oder nationalen administrativ-territorialen Einheiten, in denen eine Regional- oder Minderheitensprache Staatssprache ist oder von dem namengebenden Volk gebraucht wird, vom Geltungsbereich ausgeschlossen.

Anhang 9

Erklärung des Sachverständigenausschusses der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen am 5. November 2015 anlässlich des Welttages der Romasprache

Von den 25 Ländern, welche die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen ratifiziert haben, haben 15 Romanes als eine Minderheitensprache anerkannt, die herkömmlich in ihrem Hoheitsgebiet vertreten ist. Dies spiegelt unter anderem die Stellung von Romanes als europäische Sprache.

Von den beiden Möglichkeiten bei einer Ratifizierung – allgemeiner Schutz einer Sprache nach Teil II der Charta oder Auswahl von Sonderbestimmungen zur Unterstützung einer Sprache nach Teil III – entschied sich die Mehrheit (zwei Drittel der Länder) für den allgemeinen Schutz, der automatisch für alle Sprachen gilt, die herkömmlich im Hoheitsgebiet eines Staates gesprochen werden.

Die starke rechtliche Stellung von Romanes im Rahmen der Charta – meist ein Ergebnis des Grundsatzes der Gleichbehandlung aller Minderheitensprachen in dem fraglichen Land – entspricht oft nicht der Wirklichkeit. Das Ungleichgewicht von Rechtsstellung und Umsetzung zeigt zumindest teilweise die Ausgrenzung sowohl von Romanes als auch seiner Sprecher. Andererseits ergeben sich die Schwierigkeiten auch aus der Tatsache, dass die historische Lage von Romanes noch immer nicht ausreichend berücksichtigt wird. Romanes ist eine Sprache im Wandel. Sie entwickelt sich noch immer von einer rein mündlichen Sprache des Privat- und Alltagslebens zu einer mündlichen und schriftlichen Sprache mit sowohl informeller als auch offizieller Funktion in der Öffentlichkeit.

Romanes erhält nicht nur wegen der Zahl an Ratifizierungen, sondern auch wegen seiner besonderen Lage hohe Priorität im Zusammenhang der Charta. Eines der Hauptanliegen des Sachverständigenausschusses der Charta ist es, zur soziokulturellen Entwicklung von Romanes beizutragen – ein Beitrag, der auch die sozioökonomische und politische Emanzipation der Roma im Allgemeinen unterstützen soll. Daher ermutigt der Sachverständigenausschuss Staaten, in deren Hoheitsgebiet Romanes herkömmlich gesprochen wird, diese Sprache in ihrer Ratifizierungsurkunde zu nennen.

Romanes hat in den meisten Ländern eine schwache Stellung, weswegen besondere Maßnahmen der Behörden zur Unterstützung der Sprache notwendig sind. Der Sachverständigenausschuss fordert alle Mitgliedsstaaten auf, Romanes als Teil des europäischen Kulturerbes in allen Bereichen, insbesondere in Bildung und Kultur, zu schützen und zu stärken.

Anhang 10

Stellungnahme des Sachverständigenausschusses der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen zu Empfehlung 2040 (2014) der Parlamentarischen Versammlung

(vom Sachverständigenausschuss am 26. Juni 2014 angenommen)

1. Der Sachverständigenausschuss der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen begrüßt Empfehlung 2040 (2014) über „Die Lage und Rechte nationaler Minderheiten in Europa“ der Parlamentarischen Versammlung als Ausdruck der stetigen Bemühungen des Europarats zur Stärkung des Schutzes der nationalen Minderheiten und ihrer Sprachen in allen Mitgliedsstaaten des Europarats.
2. Der Schutz der nationalen Minderheiten stellt von jeher eine Schlüsselkompetenz des Europarats dar, für welche die Organisation einzigartige Rechtsnormen entwickelt hat. Diese Arbeit trägt zur Sicherung des kulturellen Reichtums und der Traditionen Europas sowie zur Förderung der demokratischen Grundsätze, demokratischen Beteiligung und gesellschaftlichen Stabilität in Europa bei. Der Sachverständigenausschuss unterstützt den in Absatz 3 der Empfehlung 2040 (2014) geäußerten Wunsch, dass der Schutz der Minderheiten ein Schwerpunkt der politischen Arbeit des Europarats und seiner Mitgliedsstaaten bleiben sollte.
3. Der Sachverständigenausschuss stellt fest, dass die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen die einzige Konvention ist, die sich eigens mit dem Schutz der Sprachen befasst, die von angestammten nationalen Minderheiten oder Sprachgruppen gebraucht werden. Die Charta setzt einen Rahmen für die Anerkennung und aktive Förderung solcher Sprachen in den Bereichen Bildung, Justiz, Verwaltung, Medien, Kultur, Wirtschafts- und Sozialleben und grenzüberschreitender Austausch. Der Sachverständigenausschuss begrüßt Initiativen zur Förderung der kulturellen und insbesondere sprachlichen Eigenart angestammter nationaler Minderheiten gemäß Absatz 4.2 der besagten Empfehlung.
4. Im Hinblick auf Absatz 4.3 der Empfehlung bekräftigt der Sachverständigenausschuss seine Haltung, dass Maßnahmen zur Förderung des Bewusstseins um das Vorhandensein von Regional- oder Minderheitensprachen einen wichtigen Beitrag zum gegenseitigen Verständnis und Frieden sowie zur Wahrung und Entwicklung des kulturellen Reichtums Europas darstellen.
5. Die Achtung der Sprachen und der zugehörigen Kulturen hilft bei der Eingliederung von Menschen mit unterschiedlichen sprachlichen und kulturellen Wurzeln. So dient sie der Stabilität und Einheit sowie dem gesellschaftlichen Zusammenhalt in vielfältigen und mehrsprachigen Gesellschaften. Die Ratifizierung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen stellt einen großen Beitrag zur Erreichung dieser Ziele dar. Bis heute wurde die Charta von 25 Mitgliedsstaaten des Europarats ratifiziert und von acht weiteren unterzeichnet. Der Sachverständigenausschuss ersucht das Ministerkomitee, weiterhin für die Unterzeichnung und Ratifizierung dieses wichtigen Vertrags einzutreten, um so zum Aufbau eines Europas beizutragen, das auf den Grundsätzen der Menschenrechte, Demokratie und Vielfalt fußt.